

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 87 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

BBG.-Schiedsspruch verbindlich

Manteltarif unverändert verlängert — Lohnsenkung 2 Pfennig

Gestern abend 10 Uhr ist vom Schlichter Amtsgerichtsrat Dr. Feuer der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch im Konflikt bei der BBG. für verbindlich erklärt worden.

Den Beratungen der Schlichtungskammer, die gestern nachmittag unter Vorsitz des Gewerberates Körner über den Konflikt bei der BBG. zu entscheiden hatte, gingen nur verhältnismäßig kurze Vorverhandlungen zwischen den bisherigen Tarifparteien voraus.

Der Vertreter der Direktion der BBG. beantragte die Erhebung des Angebots, das die BBG.-Belegschaft in ihrer Geheimabstimmung abgelehnt hat, zum Schiedsspruch. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde zunächst darauf hingewiesen, daß mit der Gleichstellung der Verkehrsarbeiter mit den städtischen Werksarbeitern im Stundenlohn noch keine Gleichstellung hinsichtlich der Wochenverdienste erfolgt sei, da

bei der BBG. eine viel kürzere Arbeitszeit als bei den städtischen Werten

bestehe. Es müsse weiter berücksichtigt werden, daß die Verkehrsarbeiter einen viel höheren Beitrag zur Ruhegehaltskasse, ein Teil des Personals der Hoch- und Untergrundbahn sogar bis zu 9 Proz. des Einkommens zu zahlen haben. Ein großer Unterschied zwischen dem von der Belegschaft abgelehnten Angebot der Direktion und der jüngsten Regelung der Entlohnung der städtischen Arbeiter sei auch der, daß das Lohnabkommen für die städtischen Arbeiter bis zum 28. Februar befristet sei, das Abkommen für die Verkehrsarbeiter jedoch von Monat zu Monat kündbar sein sollte. Die Gewerkschaften verlangen, daß

die alten Löhne bis zum 28. Februar weitergejahlt

werden und daß der Manteltarifvertrag, über den bisher noch keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden konnte, unverändert ein Jahr, also bis zum 30. September 1933 weiterläuft. Die Unterhändler der Gewerkschaften betonten, daß die Erregung unter den Verkehrsarbeitern zum großen Teil auch darauf zurückzuführen sei, daß bis jetzt infolge des Verhaltens der Direktion noch keine Klarheit über die zukünftige Regelung der im Manteltarifvertrag festgelegten Arbeitsbedingungen geschaffen worden ist.

Den Argumenten der Gewerkschaftsvertreter wurde von der Direktion entgegengehalten, daß die BBG. infolge ihrer wirtschaftlichen Lage zu diesem Lohnabbau gezwungen sei.

Es müsse stappweise die in der Notverordnung vorgeschriebene Angleichung der Löhne der Verkehrsarbeiter an die der Reichsarbeiter erfolgen!

Die BBG. habe in diesem Jahr mit einem Fehlbeitrag von 8 bis 9 Millionen Mark und im nächsten Jahr mit 15 bis 16 Millionen Mark (?) zu rechnen. Der Abbau der Löhne sei also im Interesse des Betriebes unbedingt notwendig.

Da eine Heberbrückung der Gegensätze nicht zu erzielen war, trat die Schlichtungskammer zu ihren Beratungen zusammen. Nach zweieinhalbstündigen Verhandlungen fällte der Schlichtungsausschuß einen

Schiedsspruch

der im wesentlichen folgendes besagt: Der bisherige Manteltarif, über dessen Neuabschluss infolge der Verschlechterungsanträge der Direktion noch keine Verständigung erzielt werden konnte, wird unverändert bis zum 31. März 1933 verlängert. Er läuft jeweils um ein Jahr weiter, wenn er nicht sechs Wochen vor seinem Ablauf gekündigt wird. Hinsichtlich der Neugestaltung der Löhne bestätigt der Schiedsspruch das Verhandlungsergebnis, über das von den Verkehrsarbeitern abgestimmt worden ist. Es werden dem-

nach in allen Gruppen die Löhne um 2 Pf. gekürzt mit Ausnahme der Fahrkartenverkäuferinnen, deren Löhne bestehen bleiben. Das Lohnabkommen soll mit Monatsfrist kündbar sein.

Nach Verkündung dieses Schiedsspruches wurden die Tarifparteien zu 1/9 Uhr abends zum Schlichter für Groß-Berlin bestellt.

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten den Schiedsspruch ab. Sie erklärten von der angebotenen Erklärungsfrist keinen Gebrauch machen zu wollen, da sie jeden Schiedsspruch, der einen Lohnabbau vorsieht, ablehnten.

Demgegenüber erklärten sich die BBG.-Vertreter zur Annahme bereit und verlangten die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches.

Schiedsspruch verbindlich

Die Nachverhandlungen über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses im BBG.-Konflikt vor dem Schlichter für den Bezirk Brandenburg, Amtsgerichtsrat Dr. Feuer, mußten nach einstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden. Der Schlichter erklärte daraufhin um 10 Uhr den Schiedsspruch für verbindlich mit folgender Begründung: „Der Schiedsspruch

schlägt den Parteien die Erneuerung des bisherigen Manteltarifvertrages mit unverändertem Inhalt und den Abschluß eines Lohnabkommens vor, dessen Lohnsätze denjenigen der bei der Stadt Berlin beschäftigten Arbeitern angeglichen werden. Die neuen Lohnsätze stehen zu den Löhnen anderer vergleichbarer Gewerbe in einem angemessenen Verhältnis. Die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung entspricht daher bei gerechter Abwägung der Interessen beider Vertragsparteien der Billigkeit.“

Auf Grund der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Schlichter erläßt die Direktion der BBG. durch Säulenschlag und Plakate an den Betriebsbahnhöfen die Aufforderung an ihr streikendes Personal, die Arbeit bis heute, Freitag, 14 Uhr, wieder aufzunehmen. Sie kündigt in dem Aufruf allen Verkehrsarbeitern die fristlose Entlassung an, die sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet haben.

Die Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter nehmen heute vormittag, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu der durch den Schiedsspruch geschaffenen Situation Stellung.

Kontingente vertagt!

Aber Getreidepreisgeschenke für die Junker auf Kosten des Volkes

Die Reichsregierung hat der Tapferkeit besserer Teil erwählt und die Beschlussfassung über die Kontingente trotz des grundsätzlichen neuen Bekenntnisses für deren Notwendigkeit vertagt. Die Forderung des Landbundes, zur Stützung der Getreidepreise eine neue Magazinierungsaktion durchzuführen, wird anscheinend erfüllt. Amlich wird über die Beschlüsse der Reichsregierung folgendes mitgeteilt.

Die Reichsregierung befahte sich in einer Kabinettsitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten aufgewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hält es für ebenso wirtschaftlich dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden.

Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Buntereinfuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abrede ihre Zustimmung erteilt.

Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft verhandelt hat. Die Reichsregierung veranlaßte, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird.

Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Soweit die amtliche Mitteilung. Die Reichsregierung hat die autonomen Kontingente entgegen der bündigen Ankündigung der deutschnationalen Landtagsfraktion also doch nicht vor dem

6. November beschlossen. Freiherr v. Braun, der Reichsernährungsminister und Preisfechter der Junker und des Landbundes, wird desavouiert. Die innere Schwäche des Reichskabinetts, das sich nach außen so stark gebärdet, wird durch die Tatsache, daß die Regierung es nicht wagte, zugunsten der Agrarier die Unternehmer vor den Kopf zu stoßen, eindeutig aufgezeigt. Die schon bisher latente, an der Kontingentsfrage entzündete Kabinettskrise dürfte sich durch die Kabinettsbeschlüsse noch erheblich verschärfen.

Die positive Haltung des Reichskabinetts in der Frage der Getreidepreisstützung tritt angesichts der Vertagung der Kontingentsfrage in ihrer Bedeutung zurück. Ob die Forderung des Reichslandbundes, mit 100 Millionen Reichsbankkrediten und 25 Millionen Ausfallgarantien des Reiches, Getreide zu magazinierten, sofort durchgeführt wird, bleibt in dem Komunique der Reichsregierung noch zweifelhaft. Immerhin wird durch die grundsätzliche Bereitschaft der Reichsregierung, die Getreidepreise durch eine Sonderaktion zu stützen, wenigstens im Osten die Wahlstimmung für Papen und Hugenberg etwas verbessert, so daß wenigstens der Zweck dieser Liebung erreicht ist — auf Kosten des Volkes!

Rüstungsfeierjahre verlängert. Im Büro der Abrüstungskonferenz, das am Donnerstag seine Arbeiten wieder aufnahm, machte Präsident Henderson Mitteilung davon, daß 47 Staaten das Rüstungsfeierjahr auf vier Monate verlängert hätten.

Zum Verkehrsstreik

Arbeiter, seht euch die Führer an!

Die gewerkschaftlich organisierten und politisch aufgeklärten Arbeiter Berlins fühlen sich mit den Arbeitern der BBG. aufs stärkste verbunden. Mit desto größerem Mißtrauen aber blicken sie auf die faschistisch-bolschewistische Gesellschaft, die sich jetzt als berufene Führerin der BBG.-Arbeiter aufspielt. Diese Leute — einig wie immer im Kampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie — stellen die Dinge so dar, als ob sie allein Gegner von Lohnreduktionen wären und als ob sie allein das Mittel in der Hand hätten, die Arbeiter vor Lohnherabsetzungen zu schützen. In Wirklichkeit besteht der Unterschied zwischen ihnen und uns in etwas ganz anderem, nämlich darin, daß es ihnen sowohl an Erfahrung in der Führung von Lohnkämpfen wie auch an Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Geführten vollständig fehlt.

Eigentlich müßte ein Blick in die kommunistische und die nationalsozialistische Presse genügen, um jeden erkennen zu lassen, daß es jenen Herrschaften gar nicht um die sachliche Vertretung von Arbeiterinteressen geht, sondern nur um parteipolitische Manöver. Obwohl aus dem Direktorium der BBG. längst der letzte Sozialdemokrat herausgedrängt ist, ist man sich einig darüber, daß nur sozialdemokratische Niedertracht und Lüge an den drohenden Lohnherabsetzungen schuld hat. Reuter und Brodat müssen es gewesen sein, obwohl seit Jahr und Tag keiner von beiden mehr mit der Leitung der BBG. etwas zu tun hat! Die Gewerkschaften müssen es gewesen sein, weil sie ohne alle Demagogie rein sachlich die Interessen der BBG.-Arbeiter wahrnahmen, und der „Vorwärts“ muß es gewesen sein, weil er die Gewerkschaften darin unterstützte!

Man hofft aus diesem unwahrhaftigen Treiben Gewinn für die Wahlen ziehen zu können. Aber der Schuß kann auch nach hinten losgehen.

Die Sache wird nämlich einigermaßen heiter, wenn man die deutsche nationale Presse betrachtet, die gleichfalls der Sozialdemokratie alle Schuld gibt, nur aus gerade entgegengesetzten Gründen. Dort wirft man der Sozialdemokratie vor, die Löhne bei der BBG. zu hoch getrieben zu haben. So liest man in der „Deutschen Zeitung“:

Die Sozialdemokratie hat mit den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten ein schändliches Spiel getrieben: Man setzte gegen den Einspruch der für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe Verantwortlichen die Einkommensgrenze wesentlich und unverantwortlich herauf.

In keinem Betriebe wurde das so unverhüllt, so verschwenderisch und leichtsinnig durchgeführt wie in der BBG. Ganz Berlin hat es in Aufregung verfaßt, warum ein Brodat nicht aus seinem Amt zu bringen war. Er war es, der in der BBG. planmäßig mit Gehalts- und Lohnerhöhungen Wahl-

Große Wahlkündgebung

heute, Freitag, den 4. November, 20 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72 Redner: Artur Crapian, Tony Sender, Otto Bauer (Wien) Kasseneröffnung 17 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf., Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelkarte 10 Pf. Die Fahndelelegationen müssen spätestens um 19 Uhr in der Vorhalle des Sportpalastes anwesend sein

Jang für die Sozialdemokratie

Also erst hat die Sozialdemokratie „in verschwenkerischer Weise“, „zu Zwecken des Wahlsangs“ die Löhne und Gehälter erhöht, und jetzt hat sie die Schuld daran, wenn eine Direktion, in der sie gar nicht mehr vertreten ist, die Löhne herabsetzt! „Die Bonzen für Lohnraub!“ heißt es dann in der kommunistisch-nationalsozialistischen Presse!

Die Deutschnationalen schimpfen aber zugleich auch nicht schlecht auf die Nazis, von denen man jetzt in der Hugenberg-Presse behauptet, daß sie „marginalen Klassenkampf in reinster Form“ trieben. Der marxistische Klassenkampf könnte uns leid tun, wenn er mit dem Treiben der gelben Notverordnungsjuden auch nur die geringste Wehnlichkeit hätte! Hoffentlich begreifen die BVB-Arbeiter bald, daß man mit solchen Elementen wirklichen Klassenkampf nicht führen kann! Das kann man nämlich nur gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei.

Jener Teil der Arbeiter, der sich dem Bahn hingibt, er könnte unter kommunistisch-faschistischer Führung Erfolge erringen, wird noch sein blaues Wunder erleben! Auch er wird eines Tages froh sein, daß es noch eine Sozialdemokratische Partei und daß es noch Gewerkschaften gibt, um den Arbeitern aus der Sackgasse wieder herauszuhelfen, in die sie eine verantwortungslose und gewissenlose Führung hineinmanövierte!

Wie Nazis zählen

60 000—70 000

In Nürnberg im Stadion hatten die Nationalsozialisten eine Riesentanzveranstaltung für ganz Mittelfranken veranstaltet und stolz berichtete am folgenden Tag der „Stürmer“, 60 000 Teilnehmer hätten sich begeistert um Hilfe geschert. Der in München erscheinende „Bötmische Beobachter“ aber berichtete, wie üblich, noch etwas wahrheitsgemäßer von 70 000 begeisterten Demonstranten.

Leider muß die städtische Abgabe für die Benutzung des Stadions in Gestalt von Einzelbeiträgen von jedem Teilnehmer bezahlt werden. Was rechneten die Nationalsozialisten ab? 23 600 Teilnehmer — das waren die 60 000 bis 70 000! Auf die Frage, ob sie die Stadt betrogen, oder ob sie die Öffentlichkeit angelogen haben, sind sie die Antwort schuldig geblieben. Nachbezahlt haben sie jedenfalls nichts — so zählen sie überall.

Reaktion ohne Grenze!

Preussische Verwaltung wird verjunkt

Die Papen-Barone bereiten große Dinge vor. Am Montag, also 24 Stunden nach der Wahl, sollen nicht weniger als 110 höhere preussische Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt oder in andere untergeordnete Referate abgedisponiert werden. Das gleiche Schicksal soll über 200 mittleren preussischen Beamten blühen.

Natürlich nicht als Strafe, sondern aus „Ersparnisgründen“. Nur ist der Hafen der, daß von dem neuesten Plan der Papen-Barone ausschließlich Beamte der republikanischen Parteien betroffen werden. Wie es heißt, ist die entsprechende Verfügung bereits fertiggestellt. Ihre Veröffentlichung ist jedoch mit Rücksicht auf die Wahlen erst für Montag vorgesehen.

Botschafter v. Hoersch, bisher in Paris, ist in London eingetroffen, um seinen neuen Posten anzutreten. Die Presse begrüßt ihn sehr freundlich.

68 Tageszeitungen

erscheinen in Berlin. Nur eine einzige von ihnen vertritt die großen Massen, die hinter der Sozialdemokratischen Partei stehen.

722 064 Wähler

haben bei der vorigen Reichstagswahl in Berlin ihre Stimme für die SPD abgegeben. Der

„Vorwärts“

ist die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Berlin und das Zentralorgan der

7 953 986 Männer und Frauen

die im Reiche für die SPD gestimmt haben. Der „Vorwärts“ erscheint täglich zweimal und kostet bei freier Zustellung einschließlich

„Volk und Zeit“

der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck, 75 Pf. pro Woche.

Otto Braun an Hindenburg

Beschwerde über die Nichtausführung des Leipziger Urteils

Ministerpräsident Otto Braun wird sich wegen der Nichtausführung des Leipziger Urteils beschwerdeführend an den Reichspräsidenten wenden. Er teilte darüber vor Pressevertretern mit:

„Wir sind bis zum letzten gegangen in der Verständigung. Ich werde daher in einem Brief an den Reichspräsidenten offen darlegen, wie die Sachlage nach der Unterredung sich dargestellt hat, daß eine loyale Durchführung und Anwendung des Urteils von der Reichsregierung nicht stattgefunden hat, daß sie vielmehr mit den kleinsten Mitteln äußersten Widerstand entgegensetzt. Ich werde weiter darauf hinweisen, daß der Reichspräsident berufen ist, das Urteil auszuführen, und daß ich hoffe, daß er dafür sorgen werde, daß der Reichskommissar für Preußen sich in den Grenzen hält, die ihm im Urteil vorgeschrieben sind, und daß die preussische Staatsregierung wieder in das Amt eingesetzt werde, schließlich, daß wir bedauern würden, wenn wir nochmals gezwungen wären, wegen des Widerstands der Reichsregierung den Staatsgerichtshof in Anspruch zu nehmen.“

Braun wird deutlich

Ministerpräsident Otto Braun führte weiter aus: In der Presse ist in den letzten Tagen Unzufriedenheit mit der Haltung des preussischen Kabinetts zum Ausdruck gekommen. Ein Teil der Presse verlangt von mir, daß ich mit der Faust auf den Tisch schlage, andere sagen, ich werde aggressiv. Mit der Faust auf den Bierstisch schlagen, macht sich ja ganz gut, besonders wenn Maßstäbe darauf stehen, die nicht kaputt gehen können. Aber ich bin Politik mit der Faust nicht gewöhnt!

Das preussische Kabinetts stellt sich auf den Boden des Leipziger Urteils in der Annahme, daß die Reichsregierung das Urteil loyal auslegen und ausführen werde. Ich habe dem Reichspräsidenten nahegelegt, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie das Urteil loyal auslege und ausführe.

Ich habe es dabei als selbstverständlich erachtet, daß die preussischen Minister in ihre Ämter wieder eingesetzt werden und daß über die Abgrenzung der Zuständigkeiten eine Verständigung stattfinden müsse. Der Reichspräsident hat mir darin zugestimmt. Es ist bisher leider nicht gelungen!

Das liegt nicht an der preussischen Regierung. Ich habe schon beim Reichspräsidenten auf die Pressemeldungen hingewiesen, monach beabsichtigt sei, die Ministerialzuständigkeiten in Preußen anders zu regeln und das Wohlfahrtsministerium aufzulösen. Ich habe darauf hingewiesen, daß dies nicht anginge, daß ich auch nicht anerkennen könne, daß es zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nötig sei, die Zuständigkeiten zu ändern ohne die Zustimmung des Staatsministeriums und des Landtags. Bei der Gelegenheit hat der Reichszantler nicht ein Wort davon gesagt, daß diese Maßnahmen bereits beschlossen seien, daß das Gesetzblatt darüber bereits gedruckt vorliege. Denn als ich wieder zurück zum Wohlfahrtsministerium kam, lag das gedruckte Gesetzblatt bereits vor. Zudem war es unterzeichnet: „Das Staatsministerium.“ Staatsministerium ist lediglich die alte preussische Staatsregierung. Niemand hat das Recht, sich außerdem so zu nennen. Man kann über dies Verhalten denken wie man will, aber eine Absicht zur Verständigung und loserer Zusammenarbeit kann man zweifellos aus diesem Verhalten des Reichskommissars nicht erkennen.

Nun werden weiter Schwierigkeiten gemacht wegen der Einsetzung des Staatsministeriums in das Amt. Die Reichsregierung hat darüber in der Presse einiges verlaufbar lassen. Die „M.Z.“ bringt heute eine Notiz „Braun wird aggressiv“, in der offiziell erklärt wird, daß die Stellungnahme des preussischen Staatsministeriums irreführend sei, wenn behauptet wird, daß die Pflicht bestehe, das preussische Staatsministerium wieder in seine Ämter einzusetzen. Am 20. Juli wurden die Staatsminister ihres Amtes enthoben. Wir klagen. Der Staatsgerichtshof erklärt: „Die Reichsregierung hatte nicht das Recht, die Minister ihres Amtes zu entheben. Was ergibt sich daraus für den gesunden Menschenverstand?“

Es ist nicht richtig, daß der Staatsgerichtshof uns einige Befugnisse verkennt hat. Vielmehr hat er uns anerkannt, daß wir rechtmäßig in unserem Amt sitzen. Nicht uns sind Befugnisse übertragen, sondern dem Reichskommissar einige Befugnisse der Staatsregierung!

Es wird nun versucht, die Angelegenheit zu bagatelisieren durch die Behauptung, die Sache schrumpfe auf den Streit um die Räume zusammen. Zum Amt gehört das Amtgebäude, der Beamtenapparat alles, was zur Amtsausübung nötig ist. Es muß also der Zustand hergestellt werden, der am 20. Juli rechtmäßig beseitigt worden ist. Das Staatsministerium hat

den Kommissaren Räume zur Verfügung zu stellen, nicht umgekehrt. Es ist eine wertwürdige Sache, daß die Reichsregierung versucht, die Sache zu einem Streit um den Raum zu machen. Es mag vielleicht schwierig sein für manche Leute, nachdem man drei Monate lang rechtmäßig in einem Räume gefessen hat, ihn wieder verlassen zu müssen — aber diese persönlichen Empfindlichkeiten können doch schließlich nicht ausschlaggebend sein!

Man hat durchblicken lassen, Braun und Severing könnten nach dem Wohlfahrtsministerium ziehen. Es ginge nicht an, daß wir wieder in die Wilhelmstraße einzöhen. Manche Leute haben die Vermutung, wenn ich wieder in die Wilhelmstraße einzöhen würde, würde das Möglichkeiten zu Demonstrationen geben. Sie glauben, daß ich mit einer Reichsbannertruppe, mit Musik und Fahnen wieder in die Wilhelmstraße einzöhen würde. Sie sehen, welche Vorwände dazu herhalten müssen, um das nach dem Urteil Gegebene zu verhindern!

Also wenn ich in die Wilhelmstraße einzöhe, würde die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden! Der Reichskommissar für Preußen kann es nicht fertig bringen, dabei innerhalb der Bannmeile die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und weil er dazu impotent ist, muß er die gesamten Befugnisse der preussischen Staatsregierung haben! Ich habe in der Besprechung beim Reichspräsidenten gefragt, warum der Reichskommissar denn alle Befugnisse des Staatskommissars haben müsse. Ich mühte doch annehmen, daß in den drei Monaten die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung geschehen sei. Papen hat dazu erklärt, ihm schienen sie noch mehr gefährdet als vor drei Monaten. Das ist das Ergebnis einer dreimonatlichen Tätigkeit des Reichskommissars! Ich habe das beim Reichspräsidenten mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Wenn man jetzt erklärt, man könne Ruhe und Ordnung nicht aufrechterhalten, so ist das eine Ausflucht. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß die Staatsminister nicht in ihre Ämter eingesetzt worden sind, daß sie nicht die Möglichkeiten haben, die ihnen unzweifelhaft zustehenden Funktionen sachgemäß auszuführen. Dazu gehören Räume, der direkte Verkehr mit den Beamten, die direkte Einsichtnahme in die Akten. Man hat uns jetzt durchblicken lassen, daß man die Akteinsichtnahme nicht verhindern würde. Aber wir mühten sie immer bei dem uns unterstellten Staatssekretär anfordern. Besonders bei dringlichen Vorlagen zum Reichsrat wird dadurch die Ausübung unserer Befugnisse unmöglich.

Wer derartige Schwierigkeiten macht, von dem kann man nicht annehmen, daß er gewillt ist, loyal das Urteil auszu-

führen. Es wird bei mir der Verdacht erweckt, daß man versucht, uns die Ausübung unserer Amtsbefugnisse unmöglich zu machen. So kann man mit einem Urteil nicht umspringen.

Man redet jetzt viel vom Autoritätsstandpunkt. Einen größeren Bärendienst konnte man dem Autoritätsstandpunkt nicht erweisen, als wenn man in dieser Weise mit dem Recht umspringt, wenn man es so ausführt. Wie will man Beachtung von Gesetz und Recht von den Staatsbürgern verlangen, wenn man selbst in dieser Weise mit dem Recht umgeht?

Weil mir die ganze Raumgeschichte zumider war, habe ich dem Manne den Vorschlag machen lassen: „Bleiben Sie sitzen, ich gehe dann in mein Privatbürozimmer in meiner Dienstwohnung im Hause Wilhelmstraße 64.“ Aber auch das ging nicht, denn ich dürfe nicht in die Wilhelmstraße einzöhen! Die Dienstwohnung steht mir zwar zu, aber sie wird mir vorenthalten. Selbst dieser Vermittlungsvorschlag bemies, daß ich daran die Angelegenheit nicht scheitern lassen wollte. Es ist eben für Herrn Bracht unausdenkbar, daß die Minister wieder das Haus betreten.

Wir sind bis zum letzten gegangen im Entgegenkommen, um ein verständiges Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Die Haltung auf der anderen Seite hat es schwer gemacht, zu einem vernünftigen modus vivendi zu kommen.

Wir haben das Recht, aber auf der anderen Seite beruft man sich auf den Willen und die Macht. Man scheint dort zu glauben, daß wer das hat, sich um das Recht nicht mehr zu kümmern brauche. Diese Maßnahmen enthalten sich immer mehr als Maßnahmen zu einer sogenannten Reichsreform im Sinne von Kreien, die das Dreiklassenwahlrecht als Vorbild für eine vernünftige Neuordnung in Deutschland ansehen und damit das Volk herrlichen Zeiten entgegenführen wollen.

Ich weiß nicht, ob Herr von Papen die Macht und den Willen hat, in gottgewollter Weise das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegenzuführen!

Minister Hirtsiefer

fügte noch hinzu, daß die preussische Regierung bei allen Plänen über die Nationalisierung der Verwaltung niemals daran gedacht habe, das Wohlfahrtsministerium so zu reorganisieren, wie es jetzt geschehen sei. Die Verwaltungszweige seien auf fünf Ministerien verteilt worden in einer Art und Weise, die unmöglich sei. Der große Grundgedanke, alle Verwaltungszweige zusammenzufassen, die der Wohlfahrt der Menschen dienen, sei völlig zugrunde gerichtet worden.

Wir wollen die Solidarität

Fort mit Hitlers Haß, Hugenbergs Reaktion und Thälmanns Unfähigkeit

Der preussische Unterrichtsminister Grimm sprach in einer großen Wahlkundgebung in Bad Homburg. Er führte u. a. aus: Adolf Hitler hat im August deutlich bewiesen, daß ihm keine Partei über alles geht, während sein Vaterland für ihn Luft ist. Hätte die Sozialdemokratie 1918 ebenso wie Hitler gehandelt, dann wäre Deutschland heute nicht mehr am Leben. Die Führerqualitäten Hitlers zeigen sich am besten darin, daß er aus seinem Sieg vom 31. Juli nichts gemacht hat.

Alles Geschrei der Nazis kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Herrenreiter Papen auf einem braunen Pferdchen auf dem Sportplatz der deutschen Politik eingestiegen ist. (Stürmische Heiterkeit.) Bei näherem Zusehen stellt sich Papens autoritäre Staatsregierung als ein laziertes Schilde heraus und, trahl man den Laß ab, so kommt darunter das Wort vom Obrigkeitssaat zum Vorschein. Diesen Obrigkeitssaat will die deutsche Herrenkaste wieder errichten, Herr von Papen kann sich dabei nur auf einen verschwindenden Bruchteil des deutschen Volkes stützen.

Im Leipziger Prozeß hat die Reichsregierung das letzte Stückchen Prestige im deutschen

Volke verloren. Daß Severing selbst den Reichskommissar gefordert habe, glaubt außer Papen kein Mensch in Deutschland. Ich muß die Frage, die ich in Hamburg an Herrn von Papen gerichtet habe, hier erneut wiederholen: Hat diese angebliche Neuerung Severings eine Rolle gespielt, als in Reuders die Unterschrift von Herrn von Hindenburg eingeholt wurde zum Vorgehen gegen Preußen? (Stürmische Heiterkeit.) Die Antwort steht bis heute aus. Wir müssen verlangen, daß die Regierung noch vor dem 6. November eine eindeutige Antwort gibt.

Für religiöse Menschen ist es unerträglich, daß Herr von Papen sich so oft auf den lieben Gott beruft. Gott ist kein staatsrechtlicher Lückenbüßer. Konflikte innen, Konflikte außen, das sind die Begleiterscheinungen dieser Regierung, die auch in außenpolitischer Beziehung eine klassische Regierung der Weltfremdheit ist.

Hitler hat den Haß mobilisiert, Hugenberg das Kapital. Wir wollen den Solidaritätsgedanken mobilisieren, um die Menschheit zu befreien im Griff des Sozialismus. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Die Reichsfinanzen

Kleiner Ueberschuß im September

Im Monat September betragen die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben nach den Mitteilungen des Finanzministeriums 587 Mill. M. und die Ausgaben 566,6 Mill. M. Es ergibt sich für September somit eine Mehreinnahme von 20,4 Mill. M. gegenüber einer Mehrausgabe von 4,3 Mill. M. im Monat August. Die Einnahmen in den ersten 6 Monaten des laufenden Rechnungsjahres blieben mit 3,73 Milliarden zwar erheblich hinter dem Vorschlag zurück, übersteigen jedoch die Ausgaben mit rund 3,63 Milliarden um rund 99,3 Mill. M.

Der aus dem Vorjahr übernommene Fehlbetrag von 1532,3 Mill. M. sank infolge Schuldentilgung auf Grund des Tilgungsgesetzes vom Oktober 1930 um 210 auf 1322,3 Millionen. Unter Einrechnung des Einnahmeüberschusses beträgt demnach das Defizit im ordentlichen Etat Ende September 1223 Millionen. Im außerordentlichen Etat werden keine Einnahmen ausgewiesen, dagegen Ausgaben in Höhe von 12,3 Mill. M. — Die Gesamtschuld des Reiches erreichte Ende September 10,5 gegen 10,63 Milliarden Ende Juni d. J.

Das jugoslawische Kabinetts hat seinen Rücktritt eingereicht. Der König hat den Rücktritt der Regierung angenommen.

Die Terroristenbande von Schlesien

Heines und seine Leute vor dem Sondergericht

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Schweidnitz, 3. November

Vor dem Sondergericht beim Landgericht Schweidnitz in Schlesien begann heute der Prozeß gegen die Nationalsozialisten, die an dem Attentat auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke vom „Proletarier“ in Reichenbach (Eulengebirge) beteiligt gewesen sind.

Bei diesem Attentat, das in der Nacht zum 9. August stattfand, wurde der SA-Mann Jaehnke von dem Sprengkörper, mit dem Paeschke „erledigt“ werden sollte, in Fegen gerissen. Die nationalsozialistische Presse verjuchte sofort mit der ihr eigenen Unpersönlichkeit, den Sachverhalt zu fälschen, indem sie bewußt verbreitete, Jaehnke sei das Opfer eines Mordanschlages von Reichsbannerleuten und Kommunisten geworden. Der preußische Reichskommissar Dr. Bracht zwang damals den „Angriff“, der den Fall zu einer wüsten Hege benutzte, eine Aufklärung zu bringen.

Wie gespannt die Atmosphäre in Schweidnitz ist, zeigt die Tatsache, daß Redakteur Paeschke, der als Nebenkläger zugelassen ist, gestern abend in Schweidnitz von Nazis erkannt und verfolgt wurde, so daß er unter dem Schutz der Polizei in sein Hotel gebracht werden mußte. Auch vor dem Gerichtsgebäude, das fast polizeilich gesichert ist (die Waldenburger Schutzpolizei ist zur Verstärkung herangezogen worden), herrscht dieselbe Atmosphäre. Einwohner stehen in Gruppen auf der Straße umher und beobachten den Aufmarsch der Prozeßbeteiligten. Starke SA-Trupps erscheinen in Massen und benehmen sich ungemein provokatorisch. Der Gerichtssaal ist schon vor Beginn der Verhandlung stark bewacht und polizeilich gesichert. Der Zuhörerraum ist fast ausschließlich von Nazis besetzt, die sich und die Angeklagten, die natürlich in SA-Uniform erschienen sind, ungeniert mit dem Hitler-Gruß begrüßen. Dies steigert sich noch, als der Angeklagte Heines erscheint. Der angeklagte Stabartenführer Raußcher betritt die Anklagebank mit den Worten: „Standorte 46 in bester Ordnung.“ Die Angeklagten gehören sämtlich der Standorte 46 an.

Angeklagt sind: der Handlungsgehilfe Erich Wagner-Reichenbach, der Kraftwagenführer Herbert Polomski-Breslau, der Elektriker Walter Reichenbach wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz.

Ferner sind angeklagt: Sturmbannführer Stabs aus Fürstenstein, Stabartenführer Raußcher, Dittmannsdorf, Gruppenführer Heines, Breslau, Stabführer Hejn, Breslau, wegen Begünstigung.

Wie die Bombe explodierte

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses folgt die Vernehmung der Angeklagten, zunächst des 19jährigen Kraftwagenführers Polomski. P. hat am Abend des 8. August den Jaehnke und einen Begleiter, den er nicht kennen will, mit dem Wagen von der Untergruppe Schweidnitz der NSDAP nach Reichenbach gefahren. Beim Einsteigen habe der Begleiter Jaehnkes darauf hingewiesen, daß Jaehnke eine Bombe bei sich trage. Unterwegs hätten Jaehnke und der Unbekannte davon gesprochen, man wolle dem Paeschke einen Schreck einjagen, damit er aus Reichenbach verschwinde. Er sei mit dem Wagen bis zur Pulverstraße gefahren, in die Nähe des Tatories. Jaehnke sei auf die Synagoge zugegangen, in der Mitte des Weges habe Jaehnke die Bombe angezündet.

Die Bombe sei explodiert, und da man Stöhnen gehört habe, sei man der Meinung gewesen, Jaehnke sei etwas passiert. Da sei er mit Wagner in das Auto gestiegen und nach Breslau gefahren. In Breslau habe er bei Heines Geld bekommen, sei nach Fürstenstein geschickt und später durch den Stabführer Stabs nach Reichenbach geschickt worden, wo er bei einem Hauptmann Müller als Herbert Schmidt untergebracht worden sei.

Der 22jährige Handlungsgehilfe Wagner ist am Nachmittag des 8. August mit Jaehnke zusammen gewesen, der ihn gefragt habe, ob er an einem Sprengstoffattentat auf die Synagoge teilnehmen wolle. Er sei schließlich beauftragt worden, das Auto an den Tator zu dirigieren. Dort sei er mit einer Viertelstunde Verspätung, um 1/2 Uhr nachts, eingetroffen. Er sei weggeschickt worden, um Strelchhöller zu holen, weil Jaehnke angeblich eine Zigarette rauchen wollte. In Wirklichkeit brauchte man die Strelchhöller zum Anzünden der Bombe. Der Angeklagte wird gefragt, ob er verpflichtet gewesen sei, einer An-

ordnung Jaehnkes, an dem Attentat teilzunehmen, zu entsprechen. Der Angeklagte schweigt und erklärt schließlich, darüber könne er keine Auskunft geben.

Da Wagner immer wieder darauf hinweist, daß ein Attentat auf die Synagoge und nicht auf Paeschke verübt werden sollte, wird ihm vorgehalten, daß er Jaehnke auf das Kommen Paeschkes aufmerksam gemacht habe. Ferner stellt der Vorsitzende fest, daß die Attentatsstelle weiter von der Synagoge, als von der Wohnung Paeschkes in der Trenkstraße entfernt gewesen sei.

Auch hinsichtlich der Zusammenkunft mit Heines in Breslau verwickelt sich der Angeklagte in Widersprüche. Er bestritt, länger mit Heines gesprochen zu haben. Ihm wird vorgehalten, daß er in einem Brief an seine Eltern von einer zweistündigen Unterredung mit Heines gesprochen habe. In diesem Brief nennt er die Tat einen politischen Anschlag, für den es einmal eine Amnestie geben werde.

Nach der Verlesung eines Briefes, den der Nachfolger Heines in Reichenbach, von Obernied, an den Angeklagten geschrieben hat, erklärt der Vorsitzende, wenn man den Brief lese, bekomme man den Eindruck, es hätten auch andere Stellen von den Absichten Jaehnkes usw. gewußt.

Die Verantwortung der NSDAP.

Bei der weiteren Vernehmung Wagners, der als der Hauptattentäter anzusehen ist, wird auch ein Protokoll verlesen, nach dem Wagner gesagt hatte: „Ich hatte die Ueberzeugung, daß Jaehnke auf Anweisung handelte. Jaehnke sagte mit aller Bestimmtheit, daß er die Bombe besorgen werde. Ich hatte das Empfinden, daß die Partei hinter solchen Taten steht.“ Wagner versuchte sich damit herauszureden, daß er seine damaligen Aussagen unter dem Einfluß des Oberstaatsanwalts gemacht habe.

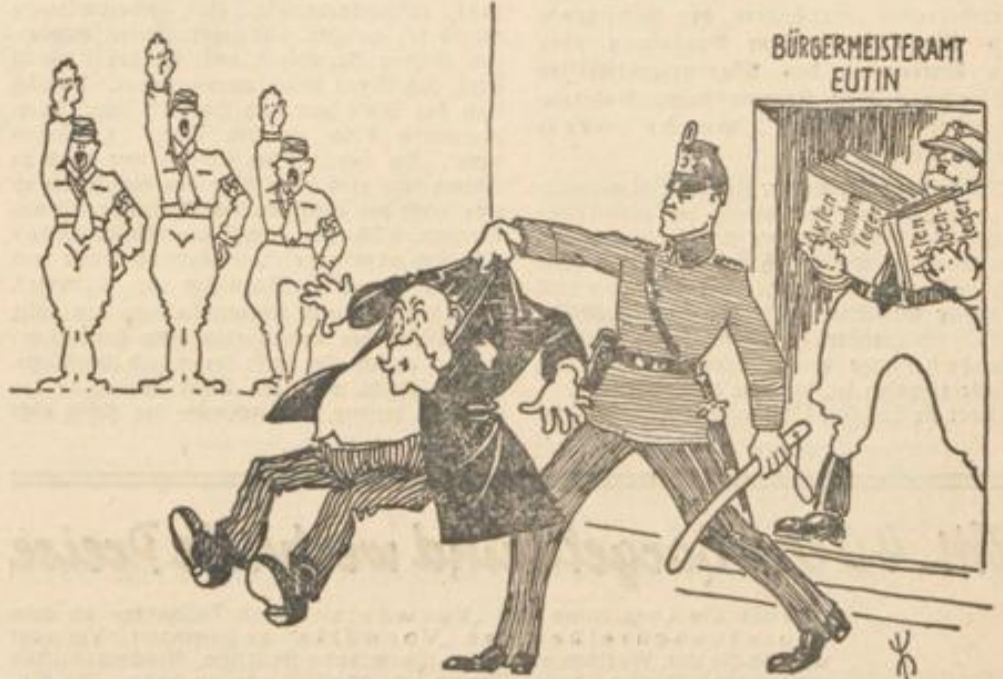
Die Vernehmung des Angeklagten Walter, der jede Beteiligung bestritt, ergibt nichts Wesentliches.

Es tritt hierauf eine anderthalbstündige Mittagspause ein. Vor dem Gericht hatten sich die nach Schweidnitz beorderten SA-Leute versammelt, die Heines mit Gejohle und dem Gebüll „Deutschland erwache!“ empfangen und mit ihm in geschlossenem Zuge zu seinem Hotel zogen. Das Demonstrationsverbot gilt offenbar in Schlesien nicht.

Nach der Mittagspause wurde der Angeklagte Stabs vernommen, der der Leiter der SA-Wehrsportschule in Fürstenstein ist. Er trat dem trafen Wagner und Polomski nach dem 9. August ein. Sie brachten einen Brief aus Breslau ohne Kopf mit, der eine unleserliche Unterschrift trug und in dem stand, die beiden seien zum Vorgehen kommandiert. Ferner enthielt er die Anweisung, den Brief zu vernichten. Auf die Frage des Vor-

Die Exekution von Eutin

Der deutschnationale Bürgermeister von Eutin wurde von dem Nazi-Regierungspräsidenten gewaltsam aus dem Amt entriert.



Der rausgeworfene Deutschnationale: „O weh, mir fallen all meine preußischen Sünden ein.“

KPD.-Presse verboten

Zwei Tage vor der Wahl

Der Polizeipräsident hat soeben die beiden kommunistischen Tagesblätter „Die Rote Fahne“ und „Die Welt am Abend“ bis zum 22. November einschließlich verboten. Das Verbot erfolgte wegen angeblicher Anreizung zum Ungehorsam gegen Befehle und wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat.

Was bezweckt die Regierung Papen-Bracht mit derartigen Verböten, zwei Tage vor der Wahl? Der KPD. einen Stimmenauftrieb zu geben? Die Absicht ist das wohl nicht. Aber die Wirkung.

Radikaler Parteitag

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 3. November.

In Toulouse begann am Donnerstagvormittag der 29. Kongreß der Radikalen Partei. Etwa 1600 Delegierte und 200 Parlamentarier, darunter die meisten Minister, nahmen an dem Kongreß teil.

In der Vormittagsitzung, die der Prüfung der Mandate und der finanziellen Lage der Partei gewidmet war, teilte der Kassierer mit, daß die Partei zur Zeit 110 000 zahlende Mitglieder umfasse. Die Nachmittagsitzung, zu der auch Herriot erschien und mit Beifallsstundgebungen begrüßt wurde, begann mit Ansprachen des Ehrenvorsitzenden Maurice Sarraut und des Ministerpräsidenten, der Vorsitzende des Exekutiv-ausschusses der Partei ist. Sarraut erklärte in seiner Rede u. a. über die Abstützungsfrage: „Das Problem, das zur Zeit aufgeworfen ist, übersteigt die Persönlichkeiten, so hoch gestellt sie auch sein mögen. Man kann die ungeheure ernste politische Krise verkennen, die entstehen würde, wenn die Partei bei ihren Bemühungen scheitern sollte. Diese Krise muß auf alle Fälle vermieden werden. Wir können das, wenn wir es wollen. Es genügt, zu diesem Zweck alles Tremende beiseite zu schieben und nicht einen Augenblick das zu erreichende Ziel aus den Augen zu verlieren. Es kann genügen, auch darüber nachzudenken, daß eine Ausweitung des Gelpans in einem Augenblick, in dem die gefährlichste Stelle zu passieren ist, ein Fehler wäre, der nicht begangen werden darf.“

Anschließend begann die Debatte über die allgemeine Politik der Partei, über die der Vizepräsident der Kammer, Delbos, Bericht erstattete.

Gertrud Bindernagel

Ihre Bedeutung als Sängerin

Gertrud Bindernagel ist gestern plötzlich an Lungenembolie gestorben.

Die letzte Rolle, in der wir sie, in der wir ihre herrliche Stimme erlebten, war die der Brünhilde in „Siegfried“. Es war ihr nicht immer gegeben, der sichtbaren Gestalt Wirklichkeitsillusion abzugewinnen; so war es auch da. Aber die Stimme stieg auf, diese ungeheure Stimme von seltener Größe, seltenem Glanz und seltener Kultur: Heil dir, Sonne, heil dir, strahlendes Licht.“ Diese Stimme, nun für immer verstummt, war selbst ein strahlendes Licht, das in „Fidelio“ (Leonore), in Verdis Werken (Lady Macbeth, Amelia u. a.) in Wagners Petralogie leuchtete wie kaum ein anderes und ihre Trägerin Triumphe feiern ließ. Der tragische Tod der Sängerin ist für die Charlottenburger Oper, die sie jetzt in ihrem Neuaufbau nötiger gehabt hätte als je, ist für die ganze deutsche Opernbühne ein unerklärlicher Verlust.

Bullerjahn im Verhör

Die Frage des Verrats wird geprüft

Im Bullerjahn-Prozeß wurde der Angeklagte heute eingehend vernommen. Er sagte zunächst über seinen Bildungsgang und seine Militäroerhältnisse aus.

Mitte Februar 1922 trat er bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau bei Berlin als Oberlagerverwalter ein. Die Verwaltung der Lager bezog sich auf Kontrolle der Bestände, auf richtige Lagerung, richtige Buchführung.

Es wurden dann die Revisionen der interalliierten Kontrollkommission am 23. und 24. Dezember 1924 sowie am 5., 6. und 7. Januar 1925 erörtert, die angeblich durch Verrat Bullerjahns veranlaßt worden sein sollen und die auch zu seiner Verurteilung wegen Landesverrats geführt haben. Die Kommission wurde von dem französischen Leutnant Jost geführt und bestand außerdem aus einem englischen und einem belgischen Major. Der preußische Major Düring war der Kommission beigegeben.

Vor: Daß Verrat im Spiel war, scheint allerdings durch verschiedene Tatsachen erhärtet zu sein. Zunächst wußte Leutnant Jost offenbar sehr gut beschied. Er hat sofort die Führung unternommen und ohne Zögern jedesmal die betreffenden Räume bezeichnet. Dann hatte er einen Plan bei sich gehabt, auf dem ver-

schiedene Punkte farblich markiert waren. Eine Reihe von Momenten in der Reihenfolge der Revisionen und in der Art ihrer Durchführung lassen ebenfalls auf eine Beeinflussung von außen schließen.

Sodann wandte sich die Vernehmung Bullerjahns der Frage des Verrats zu. Der Vorsitzende führte an, daß Bullerjahn im Zusammenhang mit den Differenzen, die er mit der Direktion hatte, Drohungen ausgestoßen habe. Hierzu erklärt der Angeklagte, die Art, wie man sich über das getränkte Ehrgefühl meines Angestellten hinwegsetzte, hat mich aufs tiefste empört. Wenn ich irgendwelche Drohungen ausgesprochen habe, so haben sich diese auf bestimmte Vorgänge bezogen, so auf Patentverletzungen, Zollhinterziehungen und Buchfälschungen.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten dann eine Bekundung des Lagerverwalters Fischer entgegen. Zu Fischer habe Bullerjahn nicht nur von anstreichen und einbroden gesprochen, sondern auch gesagt, man könne die Firma dadurch schädigen, daß man von dem Vorhandensein verbotenen Kriegsmaterials Mitteilung mache.

Bullerjahn: Diese Aussage muß aus dem Zusammenhang gerissen worden sein. Ich kann gesagt haben: Gewiß, man hätte das sagen können, aber dazu sollen sie sich andere aussuchen. Ich bin nicht dumm genug dazu. Ob er eine solche Aussage gemacht habe, könne er nicht mehr sagen. Die Möglichkeit sei vorhanden.

Auf längeres Vorhalten des Vorsitzenden und des Oberstaatsanwalts bleibt Bullerjahn dabei, daß er lediglich von der Möglichkeit gesprochen habe, daß man eine solche Aussage tun könne, wenn man dumm genug dazu sei. Zugleich habe er damit auch seine Entrüstung über diese Zumutung zum Ausdruck bringen wollen.

Hierauf wird die Verhandlung auf Freitag vormittag vertagt.

Schafft Munition für den Wahlkampf

Unterstützt den Kampf für Freiheit und Brot

Freiwillige Spenden auf Postscheckkonto 14157 (Adolf Holz)

Der Wahlkampf auf der Höhe

Wir werben für die Freiheit — Alle Mann an Deck: Nutzt die Zeit!

Zu dem Sturm der Flugblätter auf die einzelnen Haushalte, neben den vielen überfüllten Versammlungen und außer den wehenden Freiheitsfahnen, die das Stadtbild kennzeichnen, wirbt die Sozialdemokratie schon seit 14 Tagen mit zwei großen Lautsprecherautos für die Idee der Freiheit. Tag für Tag fahren sie in die entferntesten Vororte, an die Tore der Fabriken und durch den Lärm des Getrums. Überall aber wird der Wagen der Freiheit stürmisch begrüßt.

Eine von den Bezirken Kreuzberg und Neukölln einberufene Erwerbslosenversammlung wurde zu einer mächtigen Kundgebung für die Sozialdemokratie. Gegenüber den demagogischen Scheinansprüchen der Neuköllner Kommunisten auf eine nicht durchzuführende Hilfe für die Erwerbslosen, stellte sich die Versammlung einmütig in die Kampfeslinie der „Eisernen Front“.

Die „Kleins Festsäle“ in der Hasenheide waren schon früh überfüllt und mußten polizeilich abgesperrt werden. Trotzdem nur Stühle aufgestellt waren, fanden nicht mehr alle Platz. Hier saßen die Männer im alten Arbeitskleid, das sie nun tragen müssen, auch ohne Beschäftigung zu haben. Blutjunge Menschen, die der Kapitalismus um ihren Lebensweg betrogen und Alte, die man aus ihrer Arbeit ausgestoßen hat, hörten die Worte Theodor Haubachs, der in einem 1½stündigen Referat das herrschende System geißelte und als einzigen Ausweg die Durchführung der sozialistischen Aktion aufzeichnete.

Rettung für die Millionen Deutsche, die heute im tiefsten Elend sind, kann nur durch den Umbau der Wirtschaft kommen, wie er von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften angestrebt wird.

Reißt euch alle ein und sorgt dafür, daß das togeborene Kind der kapitalistischen Sanierung durch die Regierung der Barone von einem praktischen Sozialismus der Arbeiterschaft abgelöst wird. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen: Die am 3. November 1932 in Kleins Festsälen versammelten Erwerbslosen Neuköllns stellen sich voll und ganz hinter das wirtschaftliche und sozialpolitische Programm der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der freien Gewerkschaften. Sie fordern alle Proletarier Neuköllns auf, am 6. November nur die Liste 2 der Sozialdemokratie zu wählen.

Spandau auf dem Posten

Die Schlusskundgebung des Kreises Spandau war ein großer Erfolg. Die große Jubiläumsturnhalle war bis auf den letzten Platz gefüllt. In den Gängen und auf den Rängen drängten sich die Massen. Genosse Guth eröffnete die

Versammlung und wies verschiedene Verleumdungen zurück, die die Kommunisten im Ort verbreiten. Junge Parteigenossen führten einen Sprechchor auf, der mit großem Beifall auf-



Treu zur Sozialdemokratie: Werbung für die Liste 2 an der Kellerwohnung eines Erwerbslosen in Tempelhof

genommen wurde. Das einstündige Referat des Genossen Kuttner entsachte immer von neuem Zustimmung und Beifall der Zuhörergruppe. Ellen Treburg trug durch ihre Rezitationen zur weiteren Steigerung der begeisterten Stimmung

bei. Am Schluß sang die Versammlung stehend das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, begleitet von den Klängen der Reichsbannerkapelle.

In einer sehr stark besuchten Versammlung in Lichterfelde sprach Robert Breuer. Er schilderte überzeugend die Gefahr, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet. Nach einer Kennzeichnung der mahren Situation am 20. Juli rief er zum Kampf für die Sache der Freiheit auf. Begeistert stimmten die Massen in den Freiheitsruf, der seine Rede schloß, mit ein.

Drei Arbeiter verunglückt

In den gestrigen Nachmittagsstunden ereigneten sich zwei folgenschwere Arbeitsunfälle.

Im Hause Dranienstraße waren zwei Angestellte der Städtischen Gaswerke mit dem Einbau eines Gasreglers beschäftigt. An einer undichten Stelle der Leitung entströmten unbemerkt größere Gas Mengen, so daß die beiden Arbeiter unter der Einwirkung der Gase betäubt zu Boden sanken. Von der Feuerwehr wurden die Gasarbeiter zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo sie ins Leben zurückgerufen werden konnten.

Der zweite Unglücksfall trug sich auf einem Lagerplatz in der Morfestraße in Char-

Gewählt wird von 9 bis 6 Uhr

Das Kreuz gehört ins zweite Feld!

Am kommenden Sonntag wird die Wahl des Reichstages in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags in den von den Bezirksämtern bestimmten Abstimmungsräumen durchgeführt.

Die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Lage der Abstimmungsräume werden von den Bezirksämtern an den Wisaufhängen bekanntgegeben. Aus diesen Bekanntmachungen müssen die Wähler ihren zuständigen Abstimmungsraum selbst feststellen.

Die Stimmzettel sind wieder amtlich hergestellt und werden im Abstimmungsraum den Stimmberechtigten ausgehändigt.

Der Stimmberechtigte muß auf dem amtlichen Stimmzettel den Kreiswahlvorschlagn, dem er seine Stimme geben will, in einwandfreier Weise kennzeichnen. Dies geschieht am besten dadurch, daß in den leeren Kreis, der sich neben jedem Wahlvorschlagn befindet, ein Kreuz oder ein ähnliches Zeichen gesetzt wird.

Alle denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, alle Republikaner und Freiheitskämpfer setzen das Kreuz ins zweite Feld und wählen Sozialdemokraten, Liste 2!

Stimmzettel, die mehrfach oder überhaupt nicht gekennzeichnet sind, sind ungültig. Inhaber von Stimmscheinen können in einem beliebigen Stimmbezirk des Reiches ihre Stimme abgeben.

Der Stimmzettel darf nur in einem amtlich abgestempelten Umschlag, der ebenfalls im Abstimmungsraum ausgehändigt wird, dem Abstimmungsvorsteher übergeben werden. Das Einlegen des Stimmzettels und das Hineinlegen in den Umschlag muß unbeobachtet erfolgen; jeder Stimmberechtigte muß sich deshalb in eine der im Abstimmungsraum aufgestellten Wahlzellen begeben. Der Abstimmungsvorsteher darf keinen Stimmberechtigten zur Abstimmung zulassen, der seinen Stimmzettel nicht in der Wahlzelle in den Umschlag gelegt hat. Allen Wählern wird empfohlen, das Stimmrecht möglichst bereits am Vormittag auszuüben. Notwendig ist Mitnahme geeigneter Ausweispapiere.

Anträge auf Ausstellung von Stimmscheinen können bei den zuständigen Bezirksämtern (Bezirkswahlämtern) nur noch bis heute, 4 Uhr nachmittags, gestellt werden.

lottenburg zu. Dort stürzte, offenbar unter dem Einfluß des starken Regens, ein großer Koksstapel zusammen. Der 43 Jahre alte Plazarbeiter Richard Schüller aus der Charlottenburger Straße in Weihensee wurde unter den Kotsmassen begraben. Von Kollegen wurde der Verchüttete schwerverletzt geborgen und durch die inzwischen alarmierte Feuerwehr ins Moabitier Krankenhaus gebracht.

Zug in Arbeitergruppe

Hamburg, 3. November.

In Rothenburgsort ereignete sich ein schweres Unglück. Ein Güterzug, der sich auf der Fahrt von Harburg-Wilhelmsburg nach Hamburg befand, fuhr um 14.10 Uhr am Brückendamm in eine Arbeiterkolonne hinein. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt. Vier Krankentransportwagen sorgten für den Abtransport der Verletzten.

Gertrud Bindernagel tot

Die Folgen einer Embolie

Die Künstlerin Gertrud Bindernagel ist gestern nachmittag im Westend-Krankenhaus gestorben. Durch eine plötzliche Lungenembolie wurde dem Leben der bekannten Sängerin, um die sich die Ärzte seit 10 Tagen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bemühten, ein jähes Ende gefügt.

Frau Bindernagel wurde bekanntlich in den späten Abendstunden des 23. Oktober nach Schluß der „Siegfried-Aufführung“ beim Verlassen der Städtischen Oper in Charlottenburg von ihrem Mann, dem früheren Bankier Hingst, durch einen Schuß niedergestreckt. Die 24 Stunden später vorgenommene Operation nahm einen günstigen Verlauf, und so schienen alle Vorbereitungen für eine Wiedergenesung der Sängerin gegeben. Frau Bindernagel befand sich gestern, den Umständen nach, in bester Verfassung. Ganz unerwartet setzte um 14.30 Uhr die Lungenembolie ein, die den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Durch das Dahinscheiden der Künstlerin erleidet die Städtische Oper einen außerordentlich schweren Verlust. Die Intendanz der Städtischen Oper hat aus Anlaß der Trauer die gestrige Abendvorstellung ausfallen lassen.

Herbstfest der Hammerstaff Ulstein. Die Hammerstaff des Verlages Ulstein veranstaltete wie im vorigen Jahr ein großes Herbstfest, dessen Ertrag dazu verwendet wird, die Kinder von 100 erwerbslosen Arbeitern des graphischen Gewerbes zu Weihnachten mit Lebensmitteln und warmen Kleidern zu beschenken. Redakteur Salingré begrüßte die anwesenden Vertreter der Partei, Gewerkschaften und des Reichsbanners. Die Festansprache hielt Major Heinrich, der von den Anwesenden lebhaft begrüßt wurde. Er rief zur Wahl der Sozialdemokratie am 6. November auf. Vor und nach der Festansprache spielte das Tambourkorps des Reichsbanners Friedrichshain und eine Tanzkapelle.



Wir eröffnen heute nachmittag 4 Uhr die

37.

Verkaufsstelle in Groß-Berlin HERMANNSTR. 53 NEUKÖLLN

In jeder Verkaufsstelle reichhaltige Auswahl... Jeder Schuh Salamander-Qualität... Überall die billigen Salamander-Preise.



9 75
12 50
15 50

SALAMANDER

In wenig Worten

Die Deutsche Baugenossenschaft zu Berlin ist im August 1931 in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Reichspost hatte sich dann bereit erklärt, eine Bürgschaft zur Sanierung der Genossenschaft zu übernehmen, der zum größten Teil untere und mittlere Postbeamten angehörten. Wie die Baugenossenschaft jetzt mitteilt, lehnt die Post jeden Vergleich ab, so daß der Konkurs der Deutschen Baugenossenschaft unvermeidlich ist.

Auf Ersuchen des zuständigen Kreisarztes sind die Klassen V und VII der 238. Gemeindefschule, Pappelallee 41a, wegen Diphtherieerkrankungen bis einschließlich Sonnabend geschlossen worden.

Vor dem Landgerichtsgebäude in Böttingen wurde ein schwerer Raubüberfall verübt. Dem 18jährigen Kassenboten Heide der Böttinger Gemeindefbank wurde von zwei Motorradfahrern seine Aktentasche mit 5000 M. Silbergeld entrisen.

In Niedervellmar bei Kassel spielte sich eine blutige Liebestragödie ab. Ein junges Mädchen aus Berlin namens Suse Lemm, unterhielt seit längerer Zeit mit einem jungen Mann aus Niedervellmar ein Liebesverhältnis. In der letzten Zeit fühlte sich das junge Mädchen vernachlässigt und sann auf Rache. Es nahm eine Art vom Gut mit und drang in das Haus seines Liebhabers ein. Im Schlafzimmer verlegte es dem Schlafenden mit der Art einen Hieb gegen den Kopf. Dann trank das Mädchen eine Flasche Salzsäure aus.

Der 72jährige Landwirt Martin Wölke aus Treppendorf bei Lübben hatte am 8. Oktober den Amtsgerichtsrat Tilt im Lübbener Amtsgericht erschossen. Der Mörder wurde nach an demselben Tage nach dem Untersuchungsgefängnis in Cottbus übergeführt. Hier hat er ohne Angabe von Gründen seit fast drei Wochen jede Nahrungsaufnahme verweigert. Sein starker körperlicher Kräfteverfall brachte eine Herzschwäche mit sich, an deren Folgen der Mörder gestorben ist.

Berlin muß laufen

Der gestrige Nachmittag ist ruhig verlaufen. An einzelnen Stellen bildeten sich in den Abendstunden kleine Ansammlungen, die aber, wie die Polizei mitteilt, mühelos und ohne Zwischenfälle aufgelöst werden konnten.

In den Straßen zeigte sich nach Arbeits- und Geschäftsschluss das schon in den Morgenstunden gewohnte Bild. Zehntausende strömten den Stationen der Ringbahn zu. Im Spitzenverkehr zwischen 15 und 18 Uhr herrschte trotz verstärkter Zugfolge oftmals eine lebensgefährliche Fülle in den Abteilen. Ungezählte Passanten, besonders die Inhaber von Wochen- und Monatskarten mochten den Heimweg zu Fuß, da ihnen einfach das Geld für die Ringbahn, geschweige denn für eine Autodroschke fehlte. Zum Glück hatte der Regen in den Nachmittagsstunden etwas nachgelassen. Von 16 Uhr ab waren die Straßen schwarz von Menschen, überall bewegten sich endlose Passantenketten nach allen Richtungen.

Die meisten Droschkenchauffeure sind mit der erhofften Bilanz des gestrigen Tages keineswegs zufrieden, denn die Einnahmen blieben hinter den

Rebellion der Neubaummieter

Gagfah-Mieter in Aufregung — Gerichtsvollzieher geht ein und aus

„Es war kein Uebertum, als wir uns vor einigen Jahren die Neubauwohnungen nahmen, wir nahmen sie damals aus Not, weil es keine anderen Wohnungen gab. Aber heute, wo wir arbeitslos sind, wo man uns die Gehälter ungläublich gekürzt hat, wo wir nur noch vier Tage in der Woche arbeiten, können wir die Leuten, unter ganz anderen Verhältnissen festgesetzten Neubaumieten nicht mehr bezahlen.“ So jagte am Mittwochabend im großen Saal der Sophienäle ganz klar und einfach ein Mieter aus den Gagfah-Siedlungen.

Diese überfüllte Kundgebung war vorbereitet von einer Interessengemeinschaft der Gagfah-Mieter und daß man heute Versammlungsräume vom Ausmaß der Sophienäle braucht, um die Mietfragen einer einzigen Baugesellschaft zu diskutieren, zeigt die außerordentliche Not auf, in die die Neubaumieten geraten sind. Seitdem die Gerichtsvollzieher in den Neubausblöcken ein- und ausgehen, werden die Mieter rebellisch. Jetzt gehen die Neubaumieten allenthalben hin und holen sich die Bilanzen ihrer Gesellschaften, und wenn sie da für Verwaltungskosten Posten von 2 Millionen Mark ausgewiesen finden, dann schlagen sie die Hände über dem Kopf zusammen.

Und so stand ein anderer Redner auf und sagte: „Wir müssen heute erleben, daß man die Unternehmer milliardeweise mit Steuergutscheinen füttert, daß man den Landwirten alles gibt, was sie fordern, aber uns Erwerbslose, uns Kurzarbeiter, uns Abgebauete, uns läßt man vor die Hunde gehen!“

Die Interessengemeinschaft der Gagfah-Mieter schätzt die Höhe der Arbeitslosigkeit in einzelnen Siedlungen auf 35 bis 40 Proz. der Mieter, zusammen mit den Kurzarbeitern kommen bis zu 60 Proz. Notleidender vor. Die Brüningsche

Mietenfürung war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, die Einkommenskürzungen waren doppelt so hoch wie die Mietnachlässe. Viele Gagfah-Mieter haben ihre Wohnung bereits aufgeben müssen, verschiedenen droht die Ex-mission. Uebrigens befindet sich unter den zur Räumung Verurteilten auch der Vorsitzende der Interessengemeinschaft, obwohl er nur einen Monat Miet rückständig ist. Während nun am Mittwoch in den Sophienälen von den 7000 Gagfah-Mietern erst 1200 saßen, dann wird die Folge derartiger Kraftmeiereien sein, daß die Mieter noch rebellischer werden und zur nächsten Versammlung werden vielleicht 3000 Mann im Saalbau Friedrichshain sitzen.

Es wurde dann geschickt, wie die Mietervertretung von Pontius zu Pilatus lief. Man ging zu den Regierungen, zu den Parlamenten, zu den Gewerkschaften, zur Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und abgesehen von einem Antrag, den das Preußenparlament einmal zugunsten der Neubaumieten annahm, hatte nur die Aktion bei der Reichsversicherung einigen Erfolg: dort erklärte man sich bereit, in besonderen Notfällen über eine Senkung der Hypothekenzinsen verhandeln zu wollen. Die Gagfah-Verwaltung aber hatte vorher gesagt, sie hätte ihre Verträge mit ihren Geldgebern, sie könne nichts machen. Und als die Mieter nun zu diesem Geldgeber gehen, stellt sich heraus, daß der Geldgeber gar nicht so hartgesotten ist. Kein Wunder, wenn die Mieter rebellisch werden.

Nun fordern sie: 15prozentige Mietenfürung, Schuldenniederschlagung für Mieter, die mehr als ein Jahr erwerbslos sind, Rücknahme aller Ex-missionen, Zulassung der ratenweisen Mietzahlung, Uebernahme der Reparaturen durch die Gagfah und Mitbestimmungsrecht der Mieter.

Abendstunden hinein beherrschten Radfahrer, Privatautos und Taxen das Straßenbild.

Die Verkehrsschupos hatten durchaus keinen leichteren Dienst als sonst. Im Gegenteil: die Verkehrsregelung gestaltete sich bei dem regnerischen Tag und der seltenen Autofülle in den Hauptverkehrspunkten, wo sich der Massenbetrieb in einem Zeitraum von wenigen Stunden zusammenballte, sehr schwierig.

Im Laufe des gestrigen Tages sind von der Polizei insgesamt 105 Personen festgenommen worden. Die Wehrzahl wurde bis 22 Uhr von der Politischen Polizei wieder entlassen. Nur wenige, die sich wirklich strafbare Handlungen haben zuschulden kommen lassen, werden im Gewahrsam behalten und dem Schnellrichter vorgeführt.

Verstärkter Stadtbahnverkehr

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, ist auf der Ringbahn und auf den Strecken nach Tegel, Kremmen, Oranienburg und Bernau ein verstärkter Verkehr eingerichtet worden. Auch in der verkehrsreichen Zeit werden Vollzüge gefahren und im Berufsverkehr auf der Ringbahn sind in die planmäßigen Züge sechs sogenannte Wagenzüge eingeschaltet worden. An den Fahrplanausgaben und Sperren ist durch erhebliche Personalverstärkung dafür Sorge getragen, daß Störungen, wie es gestern früh verschiedentlich der Fall war,

vermieden werden. Wenn auch der Ansturm besonders auf die Ringbahnzüge zeitweise außerordentlich stark war, ist im großen und ganzen alles ziemlich reibungslos abgelaufen.

Die verhaßte Freiheitsfahne

Im Hause Lindenstraße 100, gegenüber dem Rasturmlokal, hatte ein Parteigenosse an dem Fenster seiner Wohnung eine Freiheitsfahne gehißt. Als er gestern Abend um 24 Uhr nach Hause kam, mußte er feststellen, daß Banditen die Fahne durch Bespritzen mit Salzsäure zerstört hatten. Das Fenster ist ziemlich niedrig gelegen, so daß die Täter ihr mutiges Werk in der Nacht von ebener Erde aus vollführt haben dürften. Die Hitler-Knechte offenbaren durch derartig gemeine Kampfmethoden ihr wahres Gesicht.

Die Berliner Elektrizitäts-Union

Die Berliner Elektrizitäts-Union G. m. b. H. ist nunmehr gegründet worden. In die neue Gesellschaft werden bekanntlich von der Stadt Berlin 38 Millionen Mark B-Aktien der Berliner Kraft- und Licht-G. (BKL) von der Elektrowerke K.-G. 21 Millionen Mark und von der Preußi-

schen Elektrizitäts-K.-G. ebenfalls 21 Millionen Mark B-Aktien der BKL, und zwar zu einem Kurse von 105 Proz. eingebracht. Das Stammkapital der neuen Gesellschaft beträgt demnach 84 Millionen Mark. Zu Geschäftsführern wurden bestellt von der Stadt Berlin Obermagistratsrat Dr. Zietzen, von den Elektrowerken Rechtsanwalt Dr. Hüb und von der Preußenelektra Regierungsrat a. D. Dr. Weigert.

An den

Verlag „Vorwärts“
BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Ich abonniere den „Vorwärts“ zweimal täglich frei ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck

„Volk und Zeit“

zum Preise von 75 Pf. pro Woche.

Name:

Wohnung:

BEITRITTSERKLÄRUNG

An den

Bezirksverband Berlin der SPD
(Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

SEKRETARIAT: BERLIN SW 68,
LINDENSTR. 3

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands • Bezirk Berlin

An Beiträgen entrichte ich:

Eintrittsgeld..... 50 Pf.

Wochenbeiträge männl. à 20 Pf.
weibl. à 10 Pf.

Summa..... Pf.

den..... 1932

Vor- und Zuname:

geboren am..... zu.....

Staatsangehörigkeit:

Beruf:

Bei welcher Gewerkschaft?

Wohnung:

Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden. Postoscheckkonto: Berlin Nr. 14 157. Adolf Holz, Kassierer, Berlin SW 68.

Wieder billige KARSTADT-Lebensmittel

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

BUTTER UND KÄSE

Molkereibutter Pfd. 1.12
Tafelbutter Pfd. 1.34
Markenbutter Pfd. 1.40
Bratenschmalz Pfd. 0.45
Rohschmalz Pfd. 0.48
Harzer 1 Pfd.-Pkg. 0.28
Camembert vollf. 2 Schd. 0.35
Camembert vollf. 1/2 Schd. 0.55
Allg. Stangenkäse 20% Pfd. 0.42
Brie-Käse, vollf. Pfd. 0.68
Boyr. Schweizer vollf. an Pfd. 0.92

WURSTWAREN

Dampfwurst Pfd. 0.75
Fleischwurst Pfd. 0.85
Landleberwurst Pfd. 0.88
Grobe Mettwurst Pfd. 0.88
Holst. Cervelat u. Salami. Pfd. 1.15
Hamb. gek. Mettw. Pfd. 1.28
Thür. Knackwurst Pfd. 1.28
Speck mag. Pfd. 0.98, fett Pfd. 0.66
Schinkenspeck Pfd. 1.18
Nußschinken Pfd. 1.30
Gek. Schinken 1/2 Pfd. 0.84

WEINE, SPIRITUOS.

Edenkobener 10 L. 5.50, 1 L. 0.80
Nierst, Domtal 10 L. 8.00, 1 L. 0.85
Schloß Biskelth. 10 L. 12.50, 1 L. 1.30
Dürkheimer. 10 L. 7.50, 1 L. 0.80
Uriel span. Rotw. 10 L. 9.00, 1 L. 0.95
Tarrag., Wermut 10 L. 8.00, 1 L. 0.95
Malaga, Samos, 10 L. 10.50, 1 L. 1.10
Jam. Rum-Verschn. 38%, 1/2 Fl. 3.00
Jam. Rum-Verschn. 50%, 1/2 Fl. 3.65
Wachholder 1 Ltr. m. Fl. 2.95
Weinbr. Spezial 1 Ltr. m. Fl. 4.20

FRISCHFLEISCH

Ochs-Suppenfl. an Pfd. 0.48
Goulasch an Pfd. 0.68
Ochs-Schmorbrat. gesp. o. Kn. 0.76
Haferslocken Pfd. 0.20
Hammelrogout Pfd. 0.54
Hammel-Keule Pfd. 0.78
Schweinebauch Pfd. 0.88
Kalbfl., mild an Pfd. 0.68
Schw.-Schinken m. B. ... Pfd. 0.78
Rückenfett, bratfertig. Pfd. 0.72
Kalbskotelett an Pfd. 0.88
Kalbsschnitzel an Pfd. 1.28

KOLONIALWAREN

Haushaltmehl Pfd. 0.20, 5 Pfd. 0.98
Tafelreis 2 Pfd. 0.25
Haferslocken Pfd. 0.20
Weiße Bohnen 2 Pfd. 0.25
Erbsen Pfd. 0.26, 0.22, 0.18
Eier-Makkaroni Pfd. 0.44
Hartgroß-Brud.-Makkar. Pfd. 0.36
Eier-Bandnudeln Pfd. 0.35
Mischobst Pfd. 0.48, 0.38
Tafelöl Liter 0.55
Gerste u. Roggen gebrannt Pfd. 0.20

SCHLAGER DER WOCHE

Brasilkaffee 1,90
Pfund
Margarine 0,80
Tilsiter 0,45
o. Rd. 20% Pfund
Holsteiner 0,58
Rot- u. Leberwurst Pfd.
Sauerkraut 0,15
2 Pfund
Kabeljau
ohne Kopf im Ganzen
an Pfund 0,14
Fasanen 1,95
an Stück
Tafel-Liköre 2,50
diverse Sorten / fl.
Tafeläpfel 0,74
amerik. 3 Pfund
Kartoffeln 0,24
10 Pfund

OBST UND GEMÜSE

Kochbirnen u. Äpfel Pfd. 0.16
Butterbirnen Pfd. 0.25
Bananen Pfd. 0.24
Datteln Pfd. 0.40
Kranzfeigen Pfd. 0.22
Zitronen 12 Stück 0.38
Kak. Weiß, Wirsingkohl 3 Pfd. 0.10
Möhren, Kohlrüben 3 Pfd. 0.10
Sellerie, Spinat 3 Pfd. 0.20
Rosenkohl 2 Pfd. 0.33
Tomaten holländische. Pfd. 0.28

GEFLÜGEL UND WILD

Fr. Suppenhühner an Pfd. 0.55
Jg. Enten an Pfd. 0.78
Oderbr.Mastgänse an Pfd. 0.75
Hasen gastr. u. ausgew. Pfd. 0.78
Hirschblatt an Pfd. 0.82
Hirschrücken an Pfd. 0.82
Hirschkeule an Pfd. 0.78
Wildschweinblatt an Pfd. 0.80
Wildschweinrück. an Pfd. 0.90
Wildschweinkeule an Pfd. 1.00
Kaninchen ausgew. an Pfd. 0.88

FISCHE, RÄUCHERW.

Rotbars o. K. an Pfd. 0.18
Seelachs o. Koptl. G. an Pfd. 0.16
Kabeljaufilet an Pfd. 0.24
Grüne Heringe .. an 3 Pfd. 0.42
Lebende Karpfen an Pfd. 0.62
Lebende Schleie an Pfd. 0.55
Fettbücklinge Pfd. 0.24
Seelachs Pfd. 0.32
Makrelen Pfd. 0.30
Lachs in Stücken an 1/4 Pfd. 0.35
Ostseelachs 1/4 Pfd. 0.48

KONSERV. MARMEL.

Junger Kohlrabi 1/2 Ds. 0.43
Gem.Gemüse 1/2 Ds. 1.22, 1,10, 0.70 0.58
Stangenspargel stork 1/2 Ds. 1.50
Stangenspargel 1/2 Ds. 0.70
Preißelbeeren 1/2 Ds. 0.78
Apfelmus tafelfertig 1/2 Ds. 0.50
Pflaumenmus „Thuringia“ 1 Pfd. 1.00
Joh.-Orang. Konfit. ca. 2 Pfd. E. 0.98
Vierfrucht-Marmel. ca. 2 Pfd. E. 0.75
Rübensaft naturr. ca. 2 Pfd. Ds. 0.58
Apfel-Gelee Glas 0.50

DELIKATESSEN

Lübben, Dillgurken St. 0.88, 0.87, 0.05
reine Gewürzgurken 1/2 Pfd. 0.10
Portug. Oelsardinen 5 Ds. 0.78
Fischmarinaden ..Port. Ds. 0.25
Fischmarinaden 1 Ltr. Ds. 0.55
Dreipack 1/2 Ltr. Ds. 0.48
Sprossen in Tomaten. Ds. 0.30
Mixed-Pickles 1/2 Pfd. 0.20
Sardellenbutter 1/2 Pfd. 0.45
Ital. u. Heringssalat Pfd. 0.58
Mayonnaise u. Remoul. 1/2 Pfd. 0.29

Bestellungen über 5 Mark unter F 6 Baerwald 0012, werden prompt erledigt. Mengenabgabe vorbehalten. Verkauf soweit Vorrat in unseren Dachhallen spielen im November die Kapellen Emil Roßz und Gerhard Hoffmann

Im ganzen Haus der große Rekord-Verkauf

Selbstmord mit Exportprämien

Drei Beispiele von vernichtender Beweiskraft — Stürzt die Barone!

Die Verschärfung der Krise und ihre unerwartete Dauer hat fast alle Länder zu Maßnahmen geführt, die die Schrumpfung des Binnenmarktes durch verstärkten Export zu mildern. Mit der Ausbreitung der Wirtschaftskrise verringerte sich die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes ständig, der Konkurrenzkampf auf dem verengten Weltmarkt wurde immer heftiger, und so wollte man mit Exportprämien die eigene Konkurrenzfähigkeit erhalten oder noch steigern. Das völlige Fiasko dieser Wirtschaftspolitik kann heute an folgenden Beispielen für England, Deutschland und Frankreich nachgemessen werden.

Die Pfundentwertung — eine Exportprämie?

Seit mehr als zwei Wochen stürzt das englische Pfund Sterling von neuem. Die wirtschaftliche Situation Großbritanniens ist wieder in den Mittelpunkt des internationalen Interesses gerückt. Als am 18. September 1931 das englische Pfund von der Goldbasis losgelöst wurde, herrschte bei den englischen Industriellen allgemein die Ansicht, daß eine Abwertung des Pfundes um 20 bis 30 Prozent den englischen Waren in der Welt vor allen Ländern mit Goldwährung einen gewaltigen Vorsprung verschaffen würde.

Die englische Handelsbilanz der ersten neun Monate 1932 beweist einen eklatanten Mißerfolg. Auf den ersten Blick scheint sich Englands Export mit einem Wert von 271,1 gegen 292,3 Millionen Pfund in der gleichen Zeit des Vorjahres nicht schlecht behauptet zu haben. Das verfuhr auch kürzlich ein Mitglied des Kabinetts Macdonald dem Unterhaus mitzumachen. Dabei wurde übersehen, daß es sich 1931 um Goldpfunde und 1932 um Papierpfunde handelte. Rechnet man nämlich den Papierwert vom Januar bis September 1932 in Goldwerte um, so ergibt sich Januar bis September 1931

Exportwert 5,96 Milliarden Mark
Januar bis September 1932

Exportwert 3,94 Milliarden Mark
Trotz der 25- bis 30prozentigen Exportprämie infolge der Abwertung des Pfundes ist der Wert der englischen Ausfuhr um nicht weniger als 36,4 Prozent gesunken.

Auch die Arbeitslosigkeit ging nicht zurück, sondern stieg. Ende September 1932 wurden in England offiziell 2,85 gegen 2,82 Millionen Arbeitslose im September 1931 gezählt; durch die verschärften Ausfuhrbestimmungen sind noch etwa 400 000 bis 500 000 Arbeitslose hinzuzurechnen.

Seinerzeit wurde die Pfundentwertung zugleich als ein Mittel zur Verhinderung des Lohnabbaus hingestellt. Die großen Arbeitskämpfe, die seit dem Sommer England erschüttern, sind der beste Beweis dafür, wie die Unternehmerschaft sich jetzt mit Lohnsenkungen schuldig halten will, nachdem die Devaluation als Exportprämie verfaßt dem die Devaluation als Exportprämie verfaßt hat.

Deutsche Exportprämien — Lohnabbau

Die gewaltigen Eingriffe, die Deutschland 1931 in Gestalt von verordnetem Lohnabbau, zwangswiseiger Zinsentzug und der Preisabbauperordnung erlebt hat, dienten mit der Devisen „Herunter mit den Herstellungskosten“ gleichfalls dem Ziele, bei Erhaltung der Goldwährung der deutschen Industrie zur Stärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit eine gewaltige Exportprämie zu verschaffen. Bei der Durchführung dieser Politik hat man in Deutschland das eiserne Gesetz umgekehrt, daß ein starker Binnenmarkt Voraussetzung für die industrielle Exportfähigkeit ist. Das hat sich schwer gerächt! Nicht nur die Abperrungen des Auslandes, sondern zugleich der Kaufkraftmord im Inlande haben bewirkt, daß trotz dieser Exportprämien die deutsche Ausfuhr viel rascher als früher zusammenbrach, vom Januar bis September 1931 bzw. 1932 nämlich von 7,2 auf 4,29 Milliarden Mark, also um 41 Proz.

Die Lohnsenkungskampagnen unter staatlicher Leitung sind also exportpolitisch völlig verpufft, sie haben aber zusammen mit der Zerstückelung der Sozialversicherung durch Papen, dem übersteigerten Gehaltsabbau der Beamten die große Krisenreserve, die eine stabile Klassenkraft darstellt, vernichtet und damit auch die ersten Ansätze zur Wiederbelebung ungemein erschwert.

Frankreich überschwemmte Kriseninsel

Frankreich hatte als erstes Land in Europa eine scharfe Kontingentspolitik eingeführt. Es wollte sich damit seinen Charakter als Kriseninsel erhalten und zugleich seiner Exportindustrie den notwendigen Rückhalt verleihen. Die Ergebnisse sind vernichtend. Die Abperrung vom Auslande hat zu einer außerordentlichen Teuerung geführt, so daß bei allgemein sinkenden Lebenshaltungskosten in der Welt der französische Index vom November 1931 bis zum Sommer d. J. noch von 531 auf 535 stieg. Die Unterbindung der Weizeneinfuhr hat die französische Landwirtschaft zu verstärktem Weizenanbau angeregt, der nach der diesjährigen Reformernte einen ungeheuerlichen Preiszusammenbruch und Gefährdung unzähliger Betriebe nach sich gezogen hat. Auch für die Ausfuhr hat die Teuerung schwere Rückschläge mit sich gebracht. Sie betrug im ersten Halbjahr 1932 nur noch 10 gegen 16,2 Milliarden Frank (1 Frank = 16 Pf.). Die Kontingentspolitik der letzten anderthalb Jahre hat sich all-

gemein so verheerend für die französische Wirtschaft ausgewirkt, daß auch „die glückliche Insel“ Frankreich jetzt von der Krisenwelle überschwemmt ist.

Heraus aus dem Wirrwarr

Die Mißerfolge der Wirtschaftspolitik in diesen drei größten Ländern Europas liegen auf der Hand. Die Erfahrungen aus dieser verhängnisvollen Politik zwingen zu der Erkenntnis, alle internationalen Kräfte anzuspannen, um auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz einen Ausweg aus dem furchterlichen Zirkel der Krisenverschärfung zu finden. Der Arbeiterklasse fällt die große Aufgabe zu, um die Kontrolle der kapitalistischen Wirtschaft zu kämpfen, durch zähes Ringen den Lebensstandard der Massen wieder zu bessern und damit die Vorbedingung für einen nachhaltigen Aufschwung zu schaffen. In Deutschland hat das Volk am 6. November

Gelegenheit, durch eine klare Abgabe an das Kabinett der Barone, das den Exportprämienwahn auf die Spitze getrieben, der Vernunft in der Wirtschaftspolitik wieder Geltung zu verschaffen. B.—c.

Film in Zahlen

In einer Untersuchung über die Entwicklung der Filmindustrie kommt das Konjunkturinstitut zu bemerkenswerten Ergebnissen.

Die Bruttoeinnahmen der Kintheater werden für 1931 auf etwa 200 Millionen geschätzt. Die Einnahmen des Filmverleihgeschäfts werden auf 55 Millionen Mark und der Filmproduktion auf 40 Millionen Mark beziffert. Danach erreicht der Gesamtumsatz der deutschen Filmwirtschaft rund 300 Millionen Mark.

Wer wird Vizedirektor?

Die Leitung im Internationalen Arbeitsamt

Deutschland hat in Genf seinen Anspruch auf die Besetzung des Vizedirektorpostens im Internationalen Arbeitsamt angemeldet. Wie verlautet, wurde Ministerialdirektor Dr. Sigler vom Reichsarbeitsministerium für diesen Posten vorgeschlagen.

Deutschland hat auch ein Recht darauf, bei der Besetzung des Vizedirektorpostens im Internationalen Arbeitsamt besonders berücksichtigt zu werden; denn es ist in der internationalen Sozialpolitik stets führend herorgetreten, jedenfalls so lange der Einfluß der Arbeiterschaft auf die deutsche Regierung zu spüren war. Daher wäre es eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit, wenn auch ein Deutscher in die Leitung des Internationalen Arbeitsamtes berufen würde.

Die deutsche Arbeiterschaft will aber nicht nur einen Deutschen auf dem Vizepräsidentenposten des Internationalen Arbeitsamtes sehen, sondern ebenso sehr einen Mann, der zugleich Vertrauensmann der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung ist. Bei der Neubesetzung des Direktorpostens des Internationalen Arbeitsamtes war fast allgemein die Auffassung vorherrschend, daß neben Dr. Butler, der aus der englischen Verwaltung kam, nun unbedingt ein aus der Arbeiterschaft

hervorgegangener Sozialpolitiker von Format treten müsse, und wir sagen nicht zu viel, wenn wir betonen, daß der Arbeiterschaft damals die Erfüllung ihres Wunsches durchaus umhinverstandlich in Aussicht gestellt worden ist.

Die Triebkraft des internationalen sozialpolitischen Fortschritts ist und bleibt nun einmal der organisierte Arbeiter. Er muß deshalb auch an maßgebender Stelle im Internationalen Arbeitsamt wirken können. Die Besetzung eines Postens in der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes ist eine Frage, bei der die für die Besetzung Verantwortlichen schon etwas Weitblick zeigen müssen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszu sehen, daß in nicht allzu ferner Zeit der Wert und die Bedeutung der Gewerkschaften in Deutschland wie in anderen Ländern wieder besser anerkannt und gewürdigt werden wird. Schon mehrten sich die Anzeichen, daß aus so manchem Saulus, der auszog, die Gewerkschaften zu vernichten, ein Paulus werden will. Die Forderung der Arbeiterschaft, den Vizedirektorposten im Internationalen Arbeitsamt durch einen Vertrauensmann der Arbeiterbewegung zu besetzen, müßte daher für die führenden Kräfte in der internationalen Arbeitsorganisation, die über den Tag hinaus zu blicken vermögen, eigentlich willkommen sein.

Beamte für Liste 2!

Der große Saal des Gewerkschaftshauses war am Mittwochabend bis auf den letzten Platz gefüllt von den Funktionären der freigewerkschaftlich organisierten Berliner Beamten, die der Bezirksausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu einem Generallappell aufgerufen hatte. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, Genosse Wehlig, wies in einer kurzen Eröffnungsansprache auf die Notwendigkeit des straffen, freigewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller freiheitlich gesinnten Beamten hin. Er forderte die Beamten auf, auch in politischer Beziehung aktiver als bisher zu sein und sich mit allen Kräften für die Erhaltung der demokratischen Republik, die auch ihnen viele Freiheiten gewährt, einzusetzen.

Nach der Ueberbringung der Grüße des Bundesvorstandes des ADB durch den Genossen Händeler ergriff der Reichstagskandidat Genosse Theuner das Wort zu einem instruktiven Vortrag über die Gründe der Wirtschaftskrise und das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung. Er verwies auf die Tagung des Deutschen Beamtenbundes, bei der die Reichsregierung nicht vertreten war und dadurch ihre Einstellung gegenüber der Beamenschaft mehr als deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Unter starkem Beifall der Versammlung erklärte er, daß die jetzige Zeit für verfassungsmäßige Experimente nicht geeignet sei, daß nicht die Weimarer Verfassung, sondern die Verfassung der deutschen Wirtschaft einer gründlichen Wenderung bedürfe.

An Stelle des verhinderten Genossen Gilmmeister wandte sich Genosse Raddag von der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten in einer zündenden Schlussansprache an die Funktionäre der Beamten und forderte sie auf, am 6. November geschlossen für die Liste 2 zu stimmen.

Die Maschinisten

In der Generalversammlung des Verwaltungsbezirks Berlin-Brandenburg der Maschinisten und Heizer am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus gab Genosse Reinefeld den Geschäftsbericht. Die freien Gewerkschaften haben bewiesen,

daß sie trotz der Krise gegen die mit dem Tarifrecht unvereinbare Rotverordnung erfolgreich ankämpfen können.

Die Tarifverträge für die Maschinisten und Heizer wurden mit einzelnen Ausnahmen neu abgeschlossen. Ein Teil der Unternehmer hat die Verträge, die durch die Brüningsche Rotverordnung im Anfang des Jahres mit Kündigungsfrist bis zum 30. April festgelegt waren, unverändert fortlaufen lassen. In einigen Fällen mußten Verträge abgeschlossen werden, obwohl sie eine Lohnkürzung mit sich brachten, weil eine tariflose Zeit noch ungünstiger sein würde.

Ein weiteres Herabdrücken der Löhne im

Die Kosten der Tonproduktion einschließlich Lizenzen betragen überraschenderweise nicht mehr als 7 Millionen Mark, also nur einen geringen Anteil des Gesamtumsatzes. Im Durchschnitt sind die Produktionskosten eines Tonfilms 30 bis 35 Proz. höher als eines stummen Films. Der Filmaußenhandel ist mit rund 15 Millionen Mark aktiv, während zur Zeit des stummen Films der Einfuhrüberschuß 10 bis 12 Millionen Mark betrug.

Lokomotiven gegen Tabak. Wie mit Brasilien und Ägypten steht jetzt auch ein großes Waren austauschgeschäft mit Bulgarien vor dem Abschluss. Eine deutsche Industriezweiggruppe, der mehrere Lokomotiv- und Waggonunternehmungen sowie Stahlwerke angehören, will im Austausch gegen deutsche Eisenbahnmaterialelieferungen bulgarischen Tabak im Werte von 20 bis 25 Mill. M. aufkaufen. Neben rollendem Material kommt als Verwertung Schienen- und anderes Oberbaumaterial in Betracht.

Ausländische Firmen in England. Im Unterhaus teilte Kunciman auf Anfrage mit, daß seit dem 4. Juli nach den Informationen des Schatzamtes einige 50 neue Unternehmungen für ausländische Firmen oder mit deren Hilfe ins Leben gerufen worden.

allgemeinen könne nicht mehr in Frage kommen, da die unterste Grenze des Existenzminimums erreicht sei.

Der Umsatz an Beitragsmarken ergab, daß gegen das 2. Quartal ein geringer Mitgliederzuwachs zu verzeichnen ist.

Durch die fortschreitende Stilllegung der kleineren Betriebe wie durch die Konzentration in großen Kraftzentralen gehen mehr und mehr Arbeitsstellen verloren.

In der Gesamtorganisation waren Ende September 33,5 Proz. Arbeitslose gegen 26,3 Proz.

SPD.-Metallarbeiter!

Montag, 7. November, 19 Uhr, Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18, Versammlung aller im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten SPD.-Metallarbeiter.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung, Mitgliedsbuch der Partei und des Deutschen Metallarbeiterverbandes muß am Saaleingang vorgezeigt werden. Der Besuch anderer Versammlungen muß an diesem Tage unterbleiben.

Der Fraktionsvorstand.

im September 1931. Verkürzt arbeiteten im September 36 Proz. Die durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit betrug 15,2 Stunden pro Woche.

Im Verwaltungsbezirk waren zu Anfang des Jahres 1250, Mitte des Jahres 1380 und Ende September 1300 Mitglieder arbeitslos. Durch die Rotverordnung ist die Zahl derjenigen Kollegen, die Krisen-, Wohlfahrts- oder überhaupt keine Unterstützung erhalten, sehr stark gestiegen.

Die Organisation hat sich der zentralen Werbeveranstaltung voll angeschlossen und in den Bezirken Hausagitationskommissionen gebildet.

Zur Wahl am Sonntag zeigte Reinefeld, wie notwendig es ist, daß jeder einzelne Kollege für die Sozialdemokratische Partei, für Liste 2, stimmen muß. Mit Begeisterung wurde diese Parole aufgenommen.

In seinem Klassenbericht kam Genosse Ruckstuhl zu dem Schluß, daß die freien Gewerkschaften und mit ihnen die Maschinisten und Heizer trotz aller Widerwärtigkeiten die Krise siegreich überwinden werden.

4⁵⁰

Wenn es regnet...
Seiden-Rips-Gummi, besonders leicht, braun und schwarz, 4-Knopfverschluss

Dazu Eri-Gummipflege

Leiser

Werkfätige! Hört den Ruf der freien Gewerkschaften!



Wer heute noch in Arbeit steht, übe SOLIDARITÄT, reiche helfend seine Hand — werde Mitglied im

GESAMTVERBAND

der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Wir gewähren Streik-, Gemaßregelten-, Erwerbslosen-, Reise-, Umzugs-, Notfall-, Invaliden- und Todesfall-Unterstützung, Rechtsschutz, Haftpflicht, Fach- und Berufsausbildungskurse.

Wir zahlten 1931 über 12 Millionen Mark an Gesamtunterstützungen

Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin

N 24, Johannisstraße 14-15 · Sammelruf: D1 Norden 6361

TECHNISCHE ANGESTELLTE UND BEAMTE!

Architekten, Bauführer, Chemiker, Ingenieure, Techniker, Kunstgewerber

finden ihre Interessenvertretung, Rat und Hilfe durch Rechtsschutz und Unterstützungen, Berufskrankenkasse usw. in der **freien Gewerkschaft aller Techniker**, dem

Bund der technischen Angestellten und Beamten
Haupt- und Ortsverwaltung Berlin NW 40, Werftstraße 7

BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER



IST DIE

**BANK
DER ARBEITER,
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN,
BERLIN**

Zentrale: 5 14,
Märkisches Ufer 32
Wallstraße 62, 65

Depositenkasse:
SW 68, Lindenstraße 3



Im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

sind 200 000 Eisenbahner, Arbeiter und Beamte, zusammengeschlossen, weil sie wissen, daß **nur diese Organisation** ihre Interessen wirksam vertreten kann.

Der *Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands* führt zur Zeit einen erbitterten

Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes

eines jeden Eisenbahners und um die **sozialen Einrichtungen**. Darum, Eisenbahnarbeiter u. -beamte, hinein in die

Einheitsorganisation der Eisenbahner

SCHICKSAL MASCHINE

9) ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

Der Lärm der Maschinen tat ihm wohl, er sprach mit den Arbeitern, Werkführern, technischen Gehilfen, überprüfte Rohmaterialien und Fertigprodukte, schimpfte mit den Sortierern und ging siegesgewiß mit Hanau wieder in sein Kontor. Die Zeichner arbeiteten noch immer mit Zirkel und Linealen, noch immer sah Susi vor ihrer Maschine und klapperte, und der Prokurist Lechner legte eben wieder neue Briefmappen auf den Tisch des Chefs.

„Es geht vorwärts, Lechner“, sagte Weltlin und blätterte in den Mappen.

„Unser Auftragsbestand ist zu groß, wir können nicht alles machen“, sagte Lechner und kitzelte Zahlen auf ein Blatt Papier.

„Wir werden alles machen, beruhigen Sie sich“, lächelte Weltlin und Hanau rief mit heller Stimme:

„Wir können das doppelte Quantum leisten. Keiner kann uns nahe kommen!“

Um elf Uhr erschien Crusius, angestaunt und viel bewundert. Im Augenblick war das Zimmer von allen Mitarbeitern frei. Als letzte verließ Susi den Raum. Crusius nickte ihr zu und Susi nahm mit Aerger wahr, daß Rote in ihre Wangen getreten war, doch das konnte man wohl gar nicht mehr sehen haben.

„Ich danke dir sehr, daß du gekommen bist“, sagte Weltlin. „Die Herren vom Trust haben sich angefangen, es war mein dringender Wunsch, daß du dieser Unterredung beiwohnt, sie werden wohl in einer dringenden Sache kommen und ich vermute, daß es sich darum handelt.“

„Wir wollen keine Vermutungen anstellen, wir werden ja in wenigen Minuten hören, was die Herren wollen. Ich weiß nur nicht, warum du Wert auf meine Anwesenheit legst, ich verstehe nichts von geschäftlichen Dingen.“

„Es stärkt meine Position, wenn man weiß, daß du hinter mir stehst und ich habe Grund zu der Annahme, daß dieser Besuch mehr dir gilt als mir.“

Die beiden Herren, die kurze Zeit darauf das Zimmer betreten, waren Generaldirektor Ahler und der Syndikus des Trusts. Sie waren erstaunt, als sie Crusius vorgestellt wurden, und selbst der gewandte Generaldirektor war ein wenig befangen in des großen Mannes Nähe.

„Wir sind sehr glücklich, daß Herr Crusius dieser Unterredung beiwohnt“, begann Ahler mit nicht ganz sicherer Stimme, „wir werden vielleicht rascher zum Ziele gelangen.“ Dann fuhr er fort: „Es handelt sich für uns in erster Linie darum, zu einer Verständigung zu kommen. Wenn ich mir gestatte, die Lage unserer Industrie zu präzisieren, möchte ich zunächst feststellen, daß sie heute für alle beteiligten Kreise, mit der einzigen Ausnahme des Weltlinschen Wertes, eine katastrophale geworden ist. Ich bin nicht hierher gekommen, um Diplomatie zu betreiben, und ich begehre mich vielleicht aller meiner Waffen, aber ich möchte die Dinge bei ihrem Namen nennen. Die Crusiusische Erfindung hat Ihren Fabrikanten, Herr Weltlin, eine Vormachtstellung eingeräumt, die nicht zu befechtigen ist. Sie erzeugen heute um etwa dreißig Prozent billiger als wir. Wir kommen nicht mit. Unsere Fabrikate sind unrentabel geworden, mehr noch: Sie sind nicht mehr konkurrenzfähig und können es auch in nächster Zukunft nicht werden.“

Ahler schwieg. Er sah auf seinem Sessel wie ein Schüler, gerade und aufrecht. „Ich wüßte nicht, was ich dagegen tun könnte“, meinte Weltlin und er entfaßte sich, daß er vor noch nicht allzulanger Zeit diesem Manne gegenübergesessen war — nur waren heute die Rollen vertauscht.

„Wir haben die Lage eingehend beraten“, sagte der Generaldirektor, „und leben nur eine Lösung, die wir Ihnen vortragen wollen. Wenn es nicht zu einer Lahmlegung unserer gesamten Industrie kommen soll, müssen wir ein Preis- und Absatzkartell schließen.“

„Wenn Sie sich meinen Preisen fügen...“

„Dann brauchen wir kein Kartell“, warf rasch der Syndikus ein.

„Nimmerhin bliebe noch die Möglichkeit des Produktionskartells. Ueber den Schlüssel könnte man sich gewiß leicht einigen.“

„Sehr lebenswürdig, daß Sie mir gewisse Vorteile in Aussicht stellen“, erwiderte lächelnd Weltlin, „aber wir können ohne große Anstrengung den gesamten Bedarf decken.“

„Das heißt also offene Kriegserklärung, Herr Weltlin“, warf der kleine, lebhaftige Syndikus ein.

„Ich erkläre nicht Krieg, meine Herren, ich ziehe nur die Schlussfolgerungen“, erwiderte ruhig der Fabrikant und blies Rauchringe von sich.

„Haben Sie auch bedacht, Herr Geheimrat“, fragte Ahler und wandte sich mit leichter Verbeugung zu dem berühmten Mann, „daß durch Ihre Erfindung eine ganze Industrie vernichtet wird?“

Crusius schwieg eine Weile und sagte dann: „Ich kann durchaus nicht sehen, daß

eine Industrie vernichtet wird. Dieselben Produkte werden doch nach wie vor erzeugt, nur von anderen Händen.“

„Das ist es eben. Zwanzig Fabriken werden ruiniert, damit eine leben kann.“

„Also nicht die Industrie wird durch meine Erfindung ruiniert, sondern nur einige Industrielle.“

„Nicht einige — sondern alle, bis auf einen!“ rief der Syndikus, stand auf, ging ein paarmal erregt durchs Zimmer, sagte dann: „Verzeihung, meine Herren“, trank ein wenig Wasser und nahm wieder Platz.

„Haben Sie bedacht, meine Herren, welche Wirkung Ihre Weigerung auch in sozialer Hinsicht haben wird?“

„Seit wann sprechen Sie von sozialen Wirkungen, Herr Generaldirektor?“ fragte ein wenig Sarkastisch Weltlin, aber Ahler fuhr fort: „Ich möchte Sie auch mit unseren Beschäftigten vertraut machen für den Fall, daß unsere Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten. Wir wären in diesem Falle

gezwungen, unsere Fabriken an einem Tage zu schließen.“

„Ja?“ fragte Weltlin und er konnte es nicht verhindern, daß seine Stimme einen freudigen, triumphierenden Ton annahm.

„Das würde heißen, daß die sechstausend Arbeiter, die wir im Verband vereinigten Firmen beschäftigen, brotlos würden.“

„Aber die gesamte Produktion fällt dann an mich“, warf Weltlin rasch ein, „wir könnten dann neue Leute einstellen.“

„Unsere Berechnungen ergaben, daß Sie, Herr Weltlin, um den ganzen Bedarf zu decken, kaum tausend neue Arbeitskräfte benötigen würden, da Ihre neuen Maschinen die sechsfache Kapazität der unseren haben. Es blieben also noch immer fünftausend Familien, die rettungslos dem nackten Elend preisgegeben wären.“

„Ihr sozialer Sinn ehrt Sie, Herr Generaldirektor, aber glauben Sie nicht, daß Ihre Argumentation eher die eines Gewerkschaftsführers ist? Sie sprachen nicht immer so!“ (Fortsetzung folgt.)

Zweimal arbeitslos

Kleine Skizze aus dem Leben / Von Margarethe Klapproth

I.

Vor einem Krankenhaus warten Arbeitslose. Es ist gegen Mittag. Sie stehen geduldig in einer langen Reihe, die Vordersten sind schon eine Stunde da. Es ist kalt, der Wind weht. Man bekommt hier warmes Essen. Eine Blechdose voll.

Lieschen läßt das Wasser im Mund zusammen. Wenn sie auch so eine Dose voll bekäme, aber es sind schon zuviel Leute vor ihr.

Bornedran steht Fritz. Er winkt ihr ob. „Biel zu spät!“

Sie nickt nur traurig. „Komm gerade vom Stempeln“, sagt sie, „Hänschen ist krank und Mutter hat soviel zu tun.“ Sie ist bloß vom Frieren, könnte richtige Schuhe brauchen, ohne Löcher in den Sohlen, und eine warme Jacke oder sowas.

Das sieht Fritz. Er weiß auch, daß sie nächste Woche Geburtstag hat. Sonst hat er ihr immer was geschenkt, sie ist doch seine Freundin. Aber jetzt langt es zu gar nichts mehr. Keine Arbeit. Er seit vorigen Herbst, sie seit Frühjahr, keine Aussicht auf Besserung. Der Winter vor der Tür. Rotorordnung, Abbau. Woan, glauben die Herren, können die Arbeiter leben? Sollen sie verrecken?

Er ist verbittert. Sieht gar nicht, wie nett Lieschen ihre Locken gedreht hat und wie sie ihn anlächelt. Aber als sie ihm die Hand drückt und gehen will, tätschelt er ihren Arm. „Bleib man, Mädchen, langt ooch für beide“, sagt er, und sie bleibt wartend bei ihm stehen.

So kalt ist es und zu Hause ist kein Feuer. Wenn sich Hänschen bloß nicht aufdeckt! Eigentlich hat sie keine Zeit, hier zu warten, muß nach Hause, kochen, aufräumen. Das Zimmer vom Mieter ist auch noch nicht gemacht. Aber sie hat so schrecklich Hunger!

So starrt auf die Tür, ob man noch nicht hineingelassen wird. Dabei spürt sie in der Tasche das Stempeld, hat einen harten Taler in der Hand. Da könnte sie sich mit Fritz tüchtig sattessen. Aber Mutter würde sie verprügeln. Meint es ja nicht schlecht, die Arme. Muß die ganze Familie ernähren. Den arbeitslosen Vater und die kleinen Geschwister. Sie näht Mäntel für die Konfektion. Den ganzen Tag, die halbe Nacht. Aber sie hungern alle. Zum Glück konnten sie ein Zimmer vermieten, sonst lägen sie auf der Straße. Im anderen Zimmer wohnen sie, kochen, waschen. Mutter sitzt am Fenster. Unaufhörlich rattert die Nähmaschine.

Man könnte gut das vermietete Zimmer brauchen, besonders das Bett. Früher schlief Karl darin, er liegt nun auf dem Sofa. Willi, der Bierzehnjährige, muß bei Lieschen schlafen, und Mutter nimmt Hänschen zu sich. Wie soll es nun werden, wenn das Kleine kommt?

Manchmal hat Lieschen Angst. Mutter ist so aufgereggt, schimpft und schlägt die Kinder ohne Grund. War immer so gut, aber sie weiß sich in ihren Sorgen keinen Rat mehr. Es war schrecklich, als sie entdeckte, daß sie in Hoffnung ist. Sie schüttelte den Vater an den Schultern, daß er taumelte. „Du bist daran schuld“, schrie sie, „soll ich ins Zuchthaus oder soll ich das elende Wurm lebendig verhungern lassen?“ Ihr Gesicht war verzerrt und ihre Augen glühten im Fieber. Sie warf sich in ihrer Verzweiflung auf das Bett und arbeitete nicht mehr. Am Ende der Woche bekam sie viel weniger Lohn als gewöhnlich. Da raffte sie sich auf, sprach kein Wort mehr über die Sache und arbeitete weiter.

„So ein Hundeleben!“ schimpft Fritz, und Lieschen schrickt aus ihren Gedanken auf. „Da steht man und bettelt um einen Topf Essen. Hätte man doch nicht nötig, wenn man Arbeit hätte. Und andere schmeißen das Geld für Dreck auf die Straße.“

Das Tor wird geöffnet. Man drängt hinein. Lieschen verliert Fritz aus dem Blick. Wartet.

Wie er zurückkommt, hat er eine Dose Reis. Der heiße Dunst steigt Lieschen in die Nase. Sie lächelt. Fritz strahlt. „Nu man los!“

Abwechslend schieben beide den Löffel in den Mund. Das ist ein gutes Gefühl, wenn sich der Magen füllt. Warm wird einem dabei. Lieschen ist schon guter Dinge. „Beißt du“, sagt sie, „es wird schon anders werden, wir sind noch jung, es geht doch vielen von uns so. Wenn wir erst wieder Arbeit haben...“

Fritz winkt ab. „Verbird mir nich 'n Appetit.“ Sie essen schweigend zu Ende, tragen mit dem Löffel die Schüssel aus. Lieschen wischt mit der Hand über den Mund. „War fein“, sagt sie und sieht ihn jählich an. Ihre Hand streift über seinen Arm. „Muß rasch heim. Wiedersehen!“

Draußen weht der Wind. Lieschen rennt die Straße lang. Ist froh, wie sie in den Torbogen biegt. Geht den Torweg entlang durch die Höfe. Im vierten wohnt sie. Es riecht muffig. Nach Ruchendunst, Kerichteimern. Grau das holprige Pflaster, grau die alte Mietkaserne. Schmutzige Flecke, wo der Müll abbröckelt. An den Fensterstößen Wäsche.

Lieschen möchte auch mal in einem hellen, freundlichen Haus wohnen und von dort auf die Straße sehen können. Wenn sie denkt, wie elend ihr Fritz untergebracht ist in einem Raum beim Keller, ohne Fenster!

Sie springt die enge Treppe hinauf, die Bretter knarren, es ist düster. Es stinkt nach gelocktem Kohl und nach Abort. Widerlich.

Lieschen klinkt eine der Türen auf. Die Mutter steht am Herd.

„Wo bleibst du so lang?“ fragt sie heftig. Aber ihr Blick ist voll Sorge und ihre Hand langt schon nach einem Teller, den sie mit Suppe füllt.

Lieschen ist traurig, wie sie die hochschwungene Frau sieht mit dem blauen, abgehärmten Gesicht. Dort bei der Nähmaschine liegt ein neuer Stoffballen. Gleich wird Mutter wieder dort sitzen... II.

Die Cafés am Kurfürstendamm sind vollbesetzt. Man trinkt und isst, liest Zeitung, raucht, flirrt, langweilt sich. Geschminkte Damen, platinblond, grellrote Lippen, grellrote Fingernägel. Schmerzbüchle mit prophigen Uhrketten. Blasierte Dandys mit tadellosen Bügelfalten, manikürten Händen. Studenten in Couleur, Schmitze im Gesicht. Die Kapelle im Fraß spielt Militärmarsche.

Was soll man tun? Die Sommerreifen sind vorbei. Für Autotouren ist es zu kalt. Zum Wasserport ebenfalls. Die Winterferien hat zwar auch ihre Reize. Abendgesellschaften, Bälle. Man bereitet sich darauf vor, geht zum Schneider, bejuchet die Modedesigns, läßt sich kostbare Toiletten vorführen. Beneidet gelegentlich die Mannequins um ihre schönen Figuren. Praktisch ist so ein Salon. Alles kann man dort haben. Raffinierte Nachthemden, elegante Pyjamas, Morgenkleider, Vorn-, Nachmittagskleider, Tee- und Tagesendkleider, kleine, große Abendkleider. Dazu die passenden Mäntel, Hüte, die passenden Juwelen, all der entzückende, modische Kleinkram. Man braucht nur wählen und kaufen. Eine Stunde später bringt es der Boy in die Wohnung.

Ach ja, aber ein bißchen langweilig ist es doch. Man liegt zu Hause auf der Couch, liest Romane, knabbert Konfekt, raucht, erwartet Besuch.

Oder man geht zum Fünfuhrtee. Dort trifft sich die elegante Welt, man sieht bekannte Gesichter. Tanz dort mit einem Freund. Man ist ja noch jung, erst dreißig. Hochblondine. Sehr stolz darauf. Trägt mit Vorliebe Pastellblau und Moosgrün. Schwarz nur zum Reiten. Parfüm: narcisses noires. Der Mann bewundert einen, ja, hat aber keine Zeit. Bärse, Konferenzen, Reisen, vielbeschäftigt. Vorige Woche hat er ihr einen neuen Wagen geschenkt. Benz. Schmieflige Form, aber die Farbe einfach unmöglich. Er hat nicht ihr helles Blond berücksichtigt. So sind die Männer!

Sie leuchtet und nippt von dem süßen Wein aus dem Spitzloch. „Es ist doch langweilig, Lieber, wie?“ flüstert sie.

Er wirft einen Blick in den Spiegel auf sein peinlich frisiertes Haar. „Ich denke an St. Moritz; nach Weihnachten werden wir dorthin fahren.“

St. Moritz — ach! Sie strahlt. „Dort hat man den ganzen Tag zu tun. Beißt du noch, das Bobrennen voriges Jahr? Und die Skitouren? Und abends Tanz. Man kommt nicht zu Atem!“

Gnädige Frau versinkt in Nachdenken. St. Moritz. Feuer und schön. Nur beste Gesellschaft. Mitten im Winter Hochsommerwärme. Auf dem Eis wird serviert. Mußt spielt. Kellner auf Schlittschuhen flühen durch die Tischreihen. Ach, das Leben ist schön. . . .

„Eine kleine Gabe, Herrschaften!“ Sie schrickt aus ihren Gedanken auf. Neben dem Tisch steht ein Mann, dreht die Milche in den Händen. Hat nicht mal einen Kragen um.

„Bin arbeitslos, bekomme keine Unterstützung.“

Gnädige Frau sieht hilflos ihren Freund an. Der betrachtet angelegentlich seine weißen, schmalen, manikürten Hände und räuspert sich nervös. Da kommt auch schon der Ober und führt den Eindringling weg.

Die gnädige Frau leuchtet. „Daß so ein Individuum hier überhaupt rein kann!“ ratiioniert der Herr. Die Musik spielt. Tanzende Paare in matter Beleuchtung. Parfüm und Zigarettenrauch. Gedämpftes Lachen. Gläserklingen.

Gnädige Frau hat mitleidige Züge im Gesicht und ein wenig feuchte Augen. Senkt langsam die gemalten Lider. Und weiß, daß sie so ihrem Freund besonders gefällt.

Also sprach...

Katharina von Medici (1519—1589), Königin von Frankreich und von der Bartholomäusnacht her als Festarrangeurin weltberühmt, muß auch schon allerhand von Wirtschaftsanforderungen verstanden haben. Denn in einem Kreis gelehrter und staatskluger Männer äußerte sie einst: „Es bedarf nur einer guten oder bösen Nachricht, der man drei Tage Glauben schenkt, um ein ganzes Reich zu verderben oder zu retten.“

Fein - jetzt werd' ich sie immer kaufen

Sunlicht Seife
 Doppelstück jetzt 27 Pfg.
 Blockstück jetzt 23 Pfg.
 NEU! 10-Pfg.-Packung

001 55 20-79

